

**Einzelplan 10  
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Land-  
wirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

mit den Teilbereichen „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“, „Landwirtschaft“ und „Klimaschutz“ auf.

Ich möchte Sie auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2110 hinweisen.

Hiermit eröffne ich die Beratungen für:

**Teilbereich  
Umwelt und Naturschutz**

**Teilbereich  
Verbraucherschutz**

**Teilbereich  
Landwirtschaft**

Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Kollege Deppe.

**Rainer Deppe** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Haushalt des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sind für das Jahr 2013 über 170 Millionen € mehr vorgesehen als im Jahr der Regierungsübernahme. Prozentual hat Herr Remmel den höchsten Mittelzuwachs von allen Ministerien erhalten. Gleichzeitig verzeichnet er aber auch den größten Zuwachs an Stellen von allen Ministerien.

Die nachfolgenden Redner werden uns wahrscheinlich wieder etwas von der Umweltüberwachung erzählen, die dringend gestärkt werden musste. Aber wenn es um Mitarbeiterstellen geht, denkt der Minister zuerst einmal an sich selbst.

(Beifall von der CDU)

Seit Amtsübernahme hat der Minister vor allem die Zahl der Referatsleiterstellen in seinem Haus kräftig erhöht. 42 Stellen waren es bei seiner Amtsübernahme, 63 sind es heute – eine Steigerung um 46 %; 46 % in einem Ministerium, und das gerade einmal in zwei Jahren. Da ist dann auch klar, meine Damen und Herren, warum der Begriff „Nachhaltige Haushaltspolitik“ für Sie immer ein Fremdwort bleiben wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eigentlich müsste man ja denken, dass mit solchen Mehrausgaben und einem solchen Personalaufwuchs der Umwelt auch tatsächlich mehr gedient wird. Dies ist aber nicht der Fall. Und das liegt vor

allem daran, dass es in Ihrem Haushalt überhaupt keine Schwerpunktsetzung gibt. Alles, was schon immer gemacht wurde, machen Sie weiter, nur teurer. Aber dass irgendeine Aufgabe auch einmal erfüllt ist und deshalb vielleicht auch der Ansatz dafür reduziert werden kann und dafür andere Aufgaben in den Vordergrund rücken, so etwas kennen Sie nicht.

(Zuruf von der SPD: Welche denn?)

– Danke für den Zwischenruf. Wir haben dies mit unseren Vorschlägen für den Einzelplan 10 Schwerpunkte gesetzt. So halten wir drei Themenbereiche für vordringlich.

Der eine Bereich ist der Erhalt der Biostationen, der zweite ist der Verbraucherschutz und der Erhalt der Verbraucherzentralen. Für beide Bereiche schlagen wir vor, ähnlich wie wir es zu unserer Regierungszeit gemacht haben, feste Verträge über die Laufzeit einer Wahlperiode mit den Institutionen abzuschließen, damit sie sich darauf verlassen können und Planungssicherheit haben und nicht von Jahr zu Jahr kalkulieren müssen.

(Beifall von der CDU)

Der dritte Bereich ist der Hochwasserschutz. Den halten wir für unerlässlich und unbedingt förderungswürdig. Hochwasserschutz, meine Damen und Herren, ist die Pflicht des Landes, denn der Staat – und das ist seine Hauptaufgabe – muss seine Bürgerinnen und Bürger zuerst einmal vor Katastrophen schützen können. Von daher sehen wir die Mittelkürzung in diesem Jahr sehr, sehr kritisch.

Aber was uns besonders stört, ist, dass der Umweltminister Geld für Projekte ausgibt, die der Umwelt überhaupt nicht nützen.

(Beifall von der CDU)

So wird der Haushalt von 2012 bis 2015 mit einer halben Million Euro für Öffentlichkeitsarbeit belastet, die ausschließlich dazu dient, den strukturendlichen Klimaschutzplan in der Öffentlichkeit zu verteidigen und zu kommunizieren.

Oder nehmen wir das Beispiel Nationalpark. Das ist doch das jüngste Beispiel für Geldverschwendung. Der Nationalpark Teutoburger Wald/Senne ist faktisch beendet. Ich sage Ihnen hier und heute: Es wird nie einen Nationalpark Teutoburger Wald/Eggegebirge/Senne geben.

(Beifall von der CDU)

Er war von Anfang an fachlich zweifelhaft, weil die Senne nicht mit Prozessschutz, sondern nur mit aktivem Eingreifen des Menschen und des Naturschutzes gepflegt und erhalten werden kann.

(Zuruf von den GRÜNEN: Quatsch!)

Nach dem gescheiterten Flächentausch steht jetzt fest, dass es ihn ohnehin nicht mehr geben wird, weil die Akteure, insbesondere die Kommunen vor

Ort, diesen Nationalpark überhaupt nicht mittragen. Sie sollten deshalb so schnell wie möglich Abstand von diesem Projekt nehmen, Ihre teuren Werbebüros für den Nationalpark schließen und die dort tätigen Förster wieder für die dringend benötigte Revierbetreuung einsetzen.

(Zuruf von der SPD: Fragen Sie doch einmal die Menschen vor Ort!)

Dabei würden Sie eine Menge Geld sparen, und das könnten Sie für echten Naturschutz einsetzen, nämlich 126.000 € im Jahr.

Meine Damen und Herren, die Grünen haben sich doch immer für Transparenz und offene Kommunikation stark gemacht. Was ist eigentlich daraus geworden? – Hinter verschlossenen Türen verhandeln Sie am Eyller Berg in Kamp-Lintfort mit dem Betreiber einer Sondermülldeponie. Dabei lassen Sie die Kommune und die Bürger außen vor und im Ungewissen. Sie nehmen es sogar kommentarlos hin, dass einem frei gewählten Bürgermeister von dem Betreiber ein Maulkorb verpasst wird. – Übrigens ein Kollege der SPD und nicht bei uns beheimatet.

Wir nehmen das Thema Kerosin-See. Da gibt es bei uns in Wesseling die größte Raffinerie Deutschlands. Seit einem Jahr befinden sich dort im Boden durch das Auslaufen eine Million Liter Kerosin. Der Schaden für die Umwelt ist überhaupt noch nicht abzusehen. Und seit einem Jahr wird dieser unterirdische See nur unmerklich kleiner.

Seit einem Jahr wird aber auch die Informationspolitik aus dem Umweltministerium immer geringer. Die Menschen vor Ort werden mit Beschwichtigungen – es würde schon nichts ins Grundwasser gehen – nach wie vor im Unklaren gelassen. Hier erwarten wir eine andere Informationspolitik.

(Beifall von der CDU)

Oder gehen wir in einen anderen Teil des Landes, nach Stewede. Mit Sorge betrachten die Menschen vor Ort die Vorgänge rund um das Fracking-Versuchsloch in Oppenwehe. Nach wie vor stehen mehrere Tausend Liter Diesel in diesem Bohrloch, und die Menschen fragen sich: Wieso bekommt der Betreiber diesen Diesel nicht heraus?

Von Herrn Rimmel hört man nichts, aber auch gar nichts. Was unternehmen Sie eigentlich, damit der Diesel wieder aus der Erde verschwindet? Wahrscheinlich machen Sie irgendwann wieder den Bund verantwortlich; das ist dann das Einfachste.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oder reden wir über das Prognos-Gutachten. Darüber haben wir hier eine Debatte geführt. Aber Sie waren nicht bereit, der Öffentlichkeit und dem Parlament den Gutachtenstand bekanntzugeben, sondern haben sich dahinter versteckt, dass die Dinge noch nicht abgestimmt seien.

Über die Schadstoffe im Trinkwasser an der Ruhr, Ihre Verabredung mit den Klärwerken, mussten wir hier sprechen. Sie haben die Öffentlichkeit nicht informiert.

Auch immer dann, meine Damen und Herren, wenn es um Bioprodukte geht, ist die Landesregierung in Bezug auf ihre Informationspolitik sehr zögerlich. Ob es um das gepanschte Bio-Ölivenöl aus Italien ging oder den Desinfektionsmittelskandal bei Biokräutern im letzten Sommer – zuerst haben Sie sich wochenlang weggeduckt und dann lapidar erklärt: Es bestand keine Gesundheitsgefahr. Jetzt, beim Betrug mit den Bio-Eiern, hört man von Ihnen überhaupt nichts. Bis heute gibt es keine Presseerklärung. Wenn von Biobetrug die Rede ist, meine Damen und Herren, hört die Öffentlichkeit von Minister Rimmel gar nichts.

(Beifall von der CDU)

Aber immer dann, wenn es um die konventionelle Landwirtschaft geht, ist der Minister auf allen Kanälen unterwegs. Wie viele Interviews, wie viele Sondersendungen hätte es gegeben, wenn der aktuelle Skandal ohne die Beteiligung von Biobetrieben abgelaufen wäre?

Über die verfehlte Landwirtschaftspolitik könnten wir eine lange Debatte führen. Das will ich jetzt hier nicht machen. An dieser Stelle nur so viel: Was Ihnen fehlt, ist die Sachlichkeit in der Agrarpolitik.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Die Politik von Minister Rimmel ist ideologisch geprägt und fern jeglicher Realität.

(Beifall von der CDU – Frank Sundermann [SPD]: Davon verstehen Sie etwas?)

Meine Damen und Herren, die Kennzeichen Ihres Haushalts sind: ständig neue Ausgaben, massive Erhöhungen von Abgaben – Stichwort: Wasserentnahmeentgelt –, massive Personalvermehrung, abgrundtiefes Misstrauen gegen alle, die in der Natur und mit der Natur arbeiten, und Politik hinter verschlossenen Türen. Transparenz bei den Grünen, das war einmal.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, mit weniger Mitteln könnte man im Umweltministerium viel mehr erreichen. Das hieße dann aber auch weniger Ideologie und mehr Vernunft. Beides sehe ich bei Ihnen, Herr Minister Rimmel, aber leider nicht.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Krick nun das Wort.

**Manfred Krick** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Entwurf 2013 legt die Landesregierung einen Haushalt vor, der die Gewähr dafür bietet, dass es weiterhin ein wirtschaftlich prosperierendes Land Nordrhein-Westfalen gibt. Gleichzeitig schafft dieser Haushalt aber auch die Voraussetzung für eine an der Nachhaltigkeit orientierte Politik im ländlichen Raum, aber auch in den Städten und in unseren Ballungsräumen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Haushalt schafft damit den Rahmen für ein erfolgreiches Zusammengehen von Ökologie und Ökonomie.

Im Einzelplan 10 werden dieses Jahr insgesamt 916 Millionen € bereitgestellt. Das ist mit einem Anteil von 1,5 % des Gesamtetats nur eine relativ kleine Position. Zu unserem großen Ziel, den Haushaltsausgleich bis spätestens 2020 zu erreichen, muss auch der Haushaltsplan des Umweltministeriums einen Beitrag leisten. Von daher sind durchaus schmerzhaft Veränderungen und auch Kürzungen nicht vermeidbar. Für das Jahr 2013 reduziert sich der Haushalt um 4,2 Millionen € auf – wie gesagt – 916 Millionen €.

Trotz dieser Reduzierung des Gesamthaushalts wurden die Ansätze für einige Positionen erhöht. Herr Deppe, Sie haben gerade schon die Erhöhungen im Personaletat angeführt. Es ist richtig, dass in diesem Jahr weitere 87 Stellen für das Umweltministerium bereitgestellt werden. Hiermit wird dann der seit 2010 beschrittene Weg, die Umweltverwaltung auch personell leistungsfähig aufzustellen, abgeschlossen. Wir haben jetzt insgesamt 387 zusätzliche Stellen.

Dass dies notwendig ist, Herr Deppe und Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zeigt letztlich auch und gerade die von Ihnen angesprochene Situation rund um den Kerosinsee und das defekte unterirdische Pipeline-Rohr in der Raffinerie in Wesseling. Nach dem frenetischen Beifall, den Ihr Kollege Herr Hovenjürgen gestern bekam, als er von diesem Schadensfall sprach, müsste eigentlich bei der CDU die Bereitschaft vorhanden sein, diese Mittel wirklich bereitzustellen, damit wir eine effektive Umweltüberwachung tatsächlich etablieren und erhalten können.

Es wird jetzt darauf ankommen, diese zusätzliche Personalkapazität effektiv in die Arbeitsprozesse einzubinden. Wir als SPD werden das Ministerium bei diesen Maßnahmen konstruktiv begleiten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bei den von den schmerzhaften Kürzungen erfassten Bereichen ist insbesondere der Hochwasserschutz auf großen medialen Widerhall getroffen. Oft wird dabei aber übersehen, dass neben den Kürzungen von 10 Millionen € gleichzeitig eine neu ge-

schaffene Darlehenszusage von 20 Millionen € bereitgestellt worden ist. Das heißt, im Endeffekt stehen 2013 für den Hochwasserschutz im Land Nordrhein-Westfalen 10 Millionen € mehr zur Verfügung;

(Zuruf von der FDP: Das ist aber schön!)

von 40 auf 50 Millionen € wird der Betrag erhöht. Sie sehen daran: Auch in diesem Bereich, beim Hochwasserschutz, lässt das Land die Kommunen nicht im Stich.

(Beifall von der SPD)

Ich muss leider auch auf die von der CDU im Haushalts- und Finanzausschuss eingebrachten Kürzungsvorschläge eingehen. Wir hatten nicht die Gelegenheit, diese im Umweltausschuss detailliert zu diskutieren.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben offensichtlich gerade den Bereich des Umweltministeriums besonders ins Auge gefasst, was Kürzungen angeht; denn von den insgesamt 67 Kürzungsvorschlägen befassen sich 13 mit dem Umweltbereich. Dabei geht es, was konkrete Maßnahmen anbelangt, eigentlich um den Umweltschutz und den Naturschutz.

Das verdeutlicht, meine Damen und Herren von der CDU, dass bei Ihnen die Signale eines erfolgreichen Zusammengehens von Ökonomie und Ökologie immer noch nicht angekommen sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit dieser fast mittelalterlichen Ansicht stehen Sie aber allein, und das ist auch gut so.

Konkret möchte ich noch auf zwei Kürzungsvorschläge eingehen, die Sie für den Bereich des Landesbetriebs Wald und Holz gemacht haben. Ihr Vorschlag war, den Etat dafür um über 10 Millionen € zu kürzen. De facto würde das letztlich auf die Einstellung des Landesbetriebes hinauslaufen.

Das ist mit uns nicht zu machen. Es entspricht auch in keiner Weise den Bedürfnissen der Bevölkerung, was die Erholungs- und Freizeitfunktion des Waldes angeht. Auch entspricht es in keiner Weise den Bedürfnissen der Holzwirtschaft. Wenn man böse wäre, könnte man fast schon sagen: Sie stehen da in guter Tradition Ihrer Regierung von 2005 bis 2010. Der damalige Staatssekretär unter Minister Uhlenberg, Herr Schink, hatte damals einen Vertrag mit dem österreichischen Unternehmen Klausner geschlossen, mit dem schon damals Ihre forstpolitische Inkompetenz unter Beweis gestellt wurde.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit dieser Erblast muss sich jetzt das Ministerium herumschlagen und in schwierigen prozessualen Auseinandersetzungen versuchen, diesen Fehler wieder auszumerzen.

Noch ein Wort, Herr Deppe, zum Nationalpark. Sie sprechen immer wieder vom Nationalpark Sen-

ne/Teutoburger Wald. Wahrscheinlich können Sie auch behaupten, dass es den Nationalpark Senne/Teutoburger Wald voraussichtlich nicht geben wird. Sie müssten dann aber ehrlich sein und feststellen: Den Nationalpark Senne – vielleicht den Nationalpark Senne plus Egge – könnte es sehr wohl geben. Darüber haben wir im Umweltausschuss sehr detailliert diskutiert. Sie negieren hier aber die faktischen Möglichkeiten, die dort gegeben sind, einen zweiten Nationalpark für Nordrhein-Westfalen zu errichten.

Zum Abschluss möchte ich – das habe ich beim letzten Mal auch gemacht – allen danken, die sich in der Natur und für die Natur engagieren. Da schließe ich die Ehrenamtler, in gleicher Weise aber auch die verantwortlich arbeitenden Landwirte, Waldbauern und Fischer mit ein. Sie helfen und tragen dazu bei, dass unser Land lebenswert bleibt und die Zukunft für uns und unsere Kinder gesichert wird. Herzlichen Dank.

Ich bitte Sie um Zustimmung für den Etat des Umweltministeriums. – Danke sehr.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Krick. – Als nächsten Redner haben wir den Kollegen Busen für die FDP-Fraktion.

**Karlheinz Busen (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lebensmittelskandale, ideologische Verbohrtheit bei der Jagd, beim Forstgesetz und beim unsäglichen Verbandsklagerecht für militante Tierrechtler und Naturschutzverbände sind die tägliche Realität Ihres Regierungshandelns.

Sie haben einen Eid geleistet, Herr Minister: Zitat: „Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten werde“. Daran müssen Sie sich messen lassen. Aber was macht der Minister,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Genau das!)

der mit zusätzlichen Millionen und einem ganzen Tross von Mitarbeitern ausgestattet ist? – Er verbreitet Unsicherheit bei den Menschen, für die er zuständig ist und die er unparteiisch unterstützen und begleiten soll.

(Beifall von der FDP)

Unablässig verunsichert Minister Rimmel die Landwirte und deren Familien mit Parolen wie diesen – ich darf drei oder vier Sätze zitieren –: „In den Ställen im Lande werden viele Tiere unter tierschutzwidrigen Umständen gehalten.“ – „Ich will eine klimagerechte Modernisierung der Landwirtschaft.“ – „Ich bin überzeugt, dass Verbraucher die landwirtschaftlich erzeugten Produkte nicht kaufen würden, wenn Sie wüssten, wie die Landwirte ihre Tiere halten.“ – „Wir wollen kleinere Betriebe. Dass

kleine Betriebe mit wenig Fläche und mit wenig Tieren naturgemäß wenig Einkommen haben, ist mir klar“.

Am kommenden Wochenende wollen die Grünen in Mülheim ein Verbot der Haltung von Schweinen auf Spaltenböden beschließen. Herr Minister Rimmel, was glauben Sie: Wie kommen solche Parolen bei den Bauern wohl an? Statt sich überparteilich für die Menschen einzusetzen, die Ihnen in Ihrem Amt anvertraut wurden, verunsichern Sie Tausende redlich und fleißig arbeitende Landwirte.

(Beifall von der FDP)

Diese Menschen, die mit viel Mühe ihren Betrieb über die Runden retten und versuchen, den Hof auch für zukünftige Generationen zu erhalten, fühlen sich von Ihren Öko-Parolen in ihrer Existenz gefährdet. Das ist nicht überparteilich, das ist ideologisch.

Durch das Verbandsklagerecht setzen Sie dieser gezielten Verunsicherung jetzt die Krone auf. Das Verbandsklagerecht ermutigt selbsternannte Natur- und Tierschutzverbände geradezu, sich an Landwirten oder Investoren schadlos zu halten. Das hat der NABU in Hessen getan. Er hat dort die Klage gegen einen Windpark zurückgezogen, nachdem der Betreiber 500.000 € in den Fonds des NABU zum Schutz der biologischen Vielfalt gezahlt hat. Nachdem die Zahlung eingegangen war, war dem NABU der gefährdete Rotmilan plötzlich ganz egal und nicht mehr so wichtig. Der Betreiber bezahlte. Der NABU nennt das Projekt: „Mäuse für den Milan“. Ich nenne das: Mäuse für die NABU-Kasse!

(Beifall von der FDP)

Auch NABU-Vertreter in Nordrhein-Westfalen halten dieses schäbige Geschäftsmodell laut Presseberichten für eine gute Einnahmequelle. Das kann nicht der richtige Weg in Nordrhein-Westfalen sein. Werden Sie endlich Ihrer Verantwortung gerecht. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Nächster Redner ist der Kollege Markert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdebatten sind ja gemeinhin Sternstunden des Parlamentarismus.

(Zuruf von den PIRATEN: Jetzt nicht!)

Sie sollen Einblick in die inhaltlichen Schwerpunkte und in die Ideen zur Konsolidierung geben. Insbesondere bei Ihnen, geschätzter Kollege Busen, denkt man bei Ihren Ausführungen im Zusammenhang mit Sternen eher an die italienische Fünfstern-

nebewegung; das populistische Format war bei Ihnen jedenfalls vorhanden.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Verteilen Sie gerade wieder Noten? Die Grünen machen das, was sie am liebsten tun, nämlich Zensuren verteilen!)

Bei Ihnen, Herr Deppe und Herr Busen, wartet man vergeblich auf tiefere Einblicke. Was Sie hier nämlich abliefern, ist gleichermaßen dünn, platt und populistisch. Herr Deppe, ich will das gleich am Anfang hier sagen: Sie verstehen ja Einsparpolitik und Haushaltskonsolidierung immer als Politik, bei der Sie besonders darauf gucken, wie viele Planstellen irgendwo geschaffen werden. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das Haus von Herrn Remmel auch unter anderem deswegen einen Zuwachs bei Referatsleiterstellen hat, weil der Bereich Klimaschutz dazugekommen ist. Da müssten Sie nämlich gleichzeitig in der Bilanzierung nachgucken, wie viele Referatsleiterstellen bei Herrn Duin weniger veranschlagt sind. Das meine ich mit Populismus: Das kommt an bestimmten Stammtischen gut an, entspricht aber teilweise eben nicht den Tatsachen.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Markert, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Deppe zulassen?

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Ich werde den Kollegen Deppe am Ende meiner Ausführungen gerne fragen lassen; das ist versprochen. Nur würde ich jetzt am Anfang gerne im Zusammenhang vortragen.

Ich wollte Ihnen nur mitteilen, Herr Präsident, dass bei mir die Zeit nicht läuft. Ich gehe davon aus, dass meine Redezeit noch gar nicht begonnen hat.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Doch, sie ist aber gerade wegen der Bitte um eine Zwischenfrage angehalten worden, Herr Kollege Markert. Wir kommen gleich darauf zurück.

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Wir können gerne darauf zurückkommen, beim geschätzten Kollegen Deppe immer. Vielleicht kommt dann auch noch ein bisschen Substanz herüber.

Wir haben uns als rot-grüne Landesregierung auf einen Konsolidierungskurs begeben, ja, das ist richtig. Wir haben uns als Grüne und als Koalition vorgenommen, dieses Industrieland Nordrhein-Westfalen in sozialer und ökologischer Hinsicht und damit auch, modern verstanden, in ökonomischer Hinsicht zukunftsfest zu machen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang beispielsweise daran, dass diese Regierung im Umweltressort Stellen geschaffen und eine Vereinbarung getroffen hat, um eine Umwelt-Wirtschaftsstrategie anzugehen. Daran

sieht man: Für uns gehören Umwelt, Wirtschaft und Sozialpolitik im nachhaltigen Sinne ganz klar zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei Ihnen hingegen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, ist eine klare Linie nicht erkennbar. Einerseits fordern Sie weitergehende Einsparungen in einem der kleinsten Fachressorts, teils, wie Sie das im Umweltausschuss jüngst wieder getan haben, mit den typischen populistischen Forderungen, beispielsweise der, in der Stiftung Umwelt und Entwicklung Projekte einzusparen. Ich frage mich, was Herr Lamers, der frühere Stiftungsvorstand, zu diesen Einsparungsvorschlägen sagen würde. Andererseits machen Sie keine wirklich substantiierten Vorschläge, wie man auf Sicht das Land tatsächlich konsolidieren kann; denn Sie verstehen unter Konsolidierung immer nur Einsparungen. Sparen ist ein Mittel. Notwendige Haushaltskonsolidierung heißt doch, dass man die Instrumente nicht mit den Zielen verwechseln soll. Natürlich sind die Schuldenbremse und das Sparen ein Instrument. Aber sie sind nicht das Ziel.

Es sollte uns allen klar sein, Herr Deppe, dass allein durch Einsparungen im Landeshaushalt kein wirklicher Ausgleich zu schaffen ist. Schon heute hat Nordrhein-Westfalen weniger als 3.300 € pro Einwohner im Ländervergleich und damit die kleinste Prokopfausgabe im Ländervergleich und in der Landesverwaltung mit rund 16 Stellen pro 1.000 Einwohner die relativ dünnste Personaldecke in einem westdeutschen Flächenland. Das Sparen muss daher aus grüner Sicht in einem Dreiklang gesehen und durch deutliche Einnahmeerhöhungen und Effizienzsteigerungen im öffentlichen Bereich ergänzt werden.

Andererseits wird vor dem Hintergrund aktueller Lebensmittelskandale von Ihnen und Ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden oder Ihnen nahestehenden Schwesterorganisationen der Ruf nach mehr Personal erhoben. Ich erinnere hier einmal an Frau Aigners Ruf, die dieser Tage sagte: Die Landesbehörden müssen nun proaktiv Kontrollen durchführen.

Dazu kann ich nur sagen: Ja, dafür braucht man dann auch das notwendige Personal vor Ort; Aktenübersicht allein genügt eben nicht. Verschiedene Kollegen haben hier schon auf Umweltskandale im Land wie in Wesseling oder bei Envio hingewiesen, was zeigt, dass wir eine schlagkräftige Umwelt- und Verbraucherschutzverwaltung brauchen. Dazu gehört eben auch gut ausgebildetes Personal.

(Beifall von den GRÜNEN)

Abschließend, bevor ich noch die Frage von Herrn Deppe gerne beantworte, will ich zum Ausdruck bringen, dass ich es als wenig glaubwürdig empfinde, wenn Sie, Herr Deppe, hier immer als eine Priorität der CDU-Fraktion den Ausbau der Verbrau-

cherberatung nennen, aber gleichzeitig die kommunalen Komplementärmittel vor Ort verweigern. In meinem Wahlkreis in Neuss haben Sie zwar 2009, nachdem wir Grüne seit 1998 eine Verbraucherberatungszentrale in Neuss gefordert haben, endlich zugestimmt, die Mittel aber nicht zur Verfügung gestellt. Der zuständige Landrat – man kann so etwas ja auch aus Kreishaushalten finanzieren – hat uns vor drei Tagen erklärt, wir könnten als Grüne so viele Anträge stellen, wie wir wollten, die CDU würde immer dagegen stimmen. So viel zur Glaubwürdigkeit, wenn Sie hier fordern, die Verbraucherberatung solle ausgebaut werden.

Auch dies ist moderne Wirtschaftspolitik, dass die Kunden und Verbraucherinnen denjenigen auf Augenhöhe begegnen können, die produzieren und in der Wirtschaft unterwegs sind. Dazu hat sich Rot-Grün bekannt, und diesen Weg werden wir auch fortsetzen. Ihre Einlassungen sind ungeeignet, unsere zustimmende Haltung zu dem Haushalt von Herrn Remmel negativ zu beeinflussen.

Jetzt, lieber Kollege Deppe, Ihre Zwischen- oder Abschlussfrage!

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Die Zeit haben wir jetzt angehalten, Herr Kollege Markert, und Herr Kollege Deppe kann nun seine Frage stellen.

**Rainer Deppe (CDU):** Herr Kollege Markert, es ist gut, dass mein Kollege Holger Müller und ich aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis kommen und wir dafür gesorgt haben, dass die Verbraucherberatungsstelle dort über Jahre gesichert finanziert ist.

Nun zu meiner Frage. Sie kennen sich im Umweltministerium und wahrscheinlich hinsichtlich des Stellenplans ziemlich gut aus. Sie haben eben erwähnt, dass eine zusätzliche Abteilung für Klimaschutz eingerichtet wurde. Das will ich gerne zugestehen. Ich nehme allerdings auch an, dass Sie wissen, wie viele Referate in dieser Klimaschutz-Abteilung untergebracht sind. Das sind nämlich acht.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die Frage!)

Vielleicht können Sie einmal erklären, woraus die weiteren zwölf Referate resultieren. Vielleicht hat Ihre Aussage dann etwas mehr Substanz.

(Beifall von der CDU)

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Herr Deppe, ich habe eben darauf hingewiesen, dass Sie die Zahlen hier nicht einfach platt gegenüberstellen können. Vielmehr müssen Sie eine Bilanzierung vornehmen. Sie haben gerade selber gesagt, ein Teil der von Ihnen kritisierten Referatsleiterstellen rühre daher, dass eine Abteilung hinzugekommen sei. Damit haben Sie Ihre Aussage von eben zumindest relativiert.

Ich will Ihnen aus meiner Erfahrung Folgendes sagen: Die Anzahl der Referate hat nicht unbedingt etwas mit der Struktur im Gesamthaushalt zu tun. Sie hat vielmehr auch damit etwas zu tun, dass genau das geschieht, was Sie eben gefordert haben, dass man sich nämlich um bestimmte Aufgaben nicht mehr so stark kümmern muss, dafür aber neue Aufgaben erfüllen muss. Deswegen werden bestimmte Referate gestrafft und andere ausgebaut.

Das muss man in einer Bilanz gegenüberstellen, und wenn man das macht, was Sie möchten, nämlich einen Ausbau an der einen Stelle und eine Rückführung an der anderen Stelle, dann gehört dazu auch, dass man an einer bestimmten Stelle Referate schafft. Allerdings kann man die Leute aus den Referaten, die verkleinert werden – schließlich gibt es bei uns so etwas wie das Berufsbeamten-tum –, nicht nach Hause schicken. Auch das ist klar.

Ich möchte außerdem daran erinnern, dass es auch bei Herrn Uhlenberg unter der schwarz-gelben Regierung so war, dass der Stabsbereich deutlich ausgebaut worden ist mit Personalstellen. Meiner Einschätzung nach hat Herr Remmel nicht das ausgebaut, was Herr Uhlenberg geschaffen hat.

Ich gehöre übrigens zu den Leuten, die sagen – ich glaube, das habe ich eben deutlich gemacht –, dass wir eine schlagkräftige Umweltverwaltung brauchen, damit wir solche Skandale wie in Wesseling angehen können. Anmerken möchte ich, dass Sie verschweigen, dass es nicht die rot-grüne Landesregierung ist, die für den „Kerosinsee“ und seine Entstehung verantwortlich ist, sondern dass dies ein Großkonzern ist. Diesem Großkonzern kann man nur dann auf Augenhöhe begegnen, wenn entsprechend gut geschultes Personal zur Verfügung steht.

Im Übrigen hat das Rohrfernleitungsgesetz eine Tradition, die bis in die Nazizeit zurückreicht. Das heißt, wir sollten auch darüber nachdenken, die Gesetze nachzubessern. Das hat nichts damit zu tun, dass Sie uns unterstellt haben, dass uns solche Skandale egal seien und wir nur bei den privaten Hauseigentümern nachgucken würden, ob die sich besonders umweltfreundlich verhalten. Wir – da können Sie sich sicher sein – werden solche Skandale wie bei Envio oder bei Shell in Wesseling aktiv anpacken, um solche Skandale zukünftig zu vermeiden und, sofern es zu solchen kommt, in den Griff zu bekommen.

Wir sollten uns als Umweltpolitiker übrigens einig sein, dass wir das gemeinsam anpacken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Auch Ihnen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Markert. – Nächste Rednerin ist Simone Brand für die Piratenfraktion.

**Simone Brand** (PIRATEN): Mein sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Vielen Dank, Herr Markert, dass Sie auf die Dinge eingegangen sind, die Herr Deppe und Herr Busen gesagt haben. Dann muss ich mich damit nicht befassen. Ich tendiere weitgehend in Ihre Richtung.

Ein Ruck geht durch das Land. Es bewegt sich etwas. Genauso, wie die Bürger nicht länger bereit sind, die auf die Finanzwelt zugeschnittene Politik der Regierungen zu akzeptieren, genauso regt sich immer mehr Widerstand gegen eine Landwirtschafts- und Umweltpolitik, die der Industrie wohlwollend das Tablett reicht und den Verbraucher ans Ende der Interessengruppen stellt.

Die Menge der Menschen in diesem Land, die sich für Landwirtschaft interessieren, hat in den letzten Jahren um 67 % zugenommen. Laut einer GfK-Studie sind zudem 60 % der Deutschen dazu bereit, mehr Geld für gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel zu bezahlen.

Gleichzeitig reißen die Meldungen über dramatische Zustände und Verbrauchertäuschung in der Landwirtschaft nicht ab. Die Menschen lassen sich nicht mehr so einfach mit den Lügen der Lebensmittelindustrie abspesen und für dumm verkaufen. Es wird endlich nachgefragt, woher das Fleisch kommt, das auf dem Teller liegt, wie das Tier gelebt hat und welches die wahren Bestandteile auch in allen anderen Nahrungsmitteln sind.

Leider wissen die wenigsten Bürger, wo ihr Fleisch herkommt – und erst recht nicht, wie es produziert wird. Ja, wie auch? – Die Industrie und die Händler wissen es schließlich zum Teil selbst nicht, wie der jüngste Skandal um Pferdefleisch gezeigt hat. Hier ist es zwingend notwendig, die Produktions- und Lieferketten nachvollziehbar zu gestalten. Wir fordern eine lückenlose Dokumentation der Nahrungsmittel vom Züchter oder Produzenten bis hin zum Endverbraucher.

(Beifall von den PIRATEN und von Reiner Priggen [GRÜNE])

Dazu gehört natürlich auch eine einfache, klare, verständliche und wahrheitsgemäße Deklaration auf den Lebensmitteln.

Für uns ist eine gesunde und sichere Ernährung und Verbesserung der Lebensmittelsicherheit durch alle auf Landesebene möglichen Maßnahmen besonders wichtig. Das bedeutet, die Lebensmittelkontrollen so auszuweiten, wie es erforderlich ist, um die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln sicherzustellen. Derzeit beschränkt sich der Verbraucherschutz darauf, im Nachhinein auf Lebensmittelskandale zu reagieren. Wir fordern – und das haben wir schon des Öfteren gefordert – eine proaktive Politik,

(Beifall von den PIRATEN)

eine Politik, die nicht erst reagiert, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, sondern dazu beiträgt, erst gar keine Skandale mehr entstehen zu lassen.

Ein Beispiel für solch eine Politik ist unser Antrag „Studie zur Medikamentenabgabe in der kommerziellen Tierzucht“ auf Drucksache 16/1252. Der Antrag wurde im Ausschuss von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Es hieß: Ja, es ist doch noch gar keine Gefahr im Verzug. Warten wir also, bis wieder etwas passiert. Dann können wir noch einmal darüber reden. – Super. Hier hätten wir eine proaktive Maßnahme durchgeführt, die sicher von vielen Verbrauchern begrüßt worden wäre.

Viele Probleme entstehen auch durch die Intensivtierhaltung. Den Landwirten werden durch falsch platzierte Subventionen und andere Förderungen immer mehr Anreize gegeben, noch mehr Tiere möglichst kosteneffizient hochzumästen. Regionale Kleinbauern werden dabei fast gänzlich vernachlässigt und stehen oft vor der Entscheidung, ihren Betrieb zu schließen.

Politik setzt die falschen Zeichen und entfernt sich immer weiter von den Bedürfnissen der Menschen. So wäre zum Beispiel ein konkretes finanzielles Förderprogramm für eine regionale Landwirtschaft eine wichtige Maßnahme. Ich denke, da werden wir auch zum Haushalt 2014 entsprechende Anträge liefern. Wir wollen eine leistungsstarke regional und saisonal angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie muss auch unter den Voraussetzungen nachhaltiger Wirtschaft und ökologischen Verbraucherbewusstseins wettbewerbsfähig sein. Die Betriebe sollen nicht wie bisher unter dem Preisdruck der Lebensmittelkonzerne und der verarbeitenden Industrie stehen.

Wir Piraten sind auch für eine konsequente Reduktion des Schadstoffeinsatzes in der Landwirtschaft. Das kann man unter anderem dadurch erreichen, dass man den Forderungen des EU-Umweltkommissars folgt und EU-Subventionen unter anderem an eine Mindestfläche für den Anbau von Leguminosen als Gründünger bindet.

(Beifall von den PIRATEN)

Gut, dass Rot-Grün im Bundesrat die Mehrheit hat und so Einfluss nehmen kann auf die Politik von Frau Aigner und ihrem Ministerium. Es dürfen auf keinen Fall weiterhin von Berlin aus die Bemühungen der EU für eine nachhaltige Landwirtschaft unterminiert werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Verbindliches Screening und die Bindung von Subventionen an verantwortliches Handeln in der

Landwirtschaft sollten eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir stehen für einen gesunden und schonenden Umgang mit Ressourcen. Denn nur so haben zukünftige Generationen immer noch die Möglichkeit, in Freiheit zu entscheiden, wie sie leben und wie sie sich ernähren wollen.

Geht es um den Verbraucherschutz, so ist ein weiterer wichtiger Punkt für uns Piraten ein bedarfsorientierter Ausbau des Beratungsangebots. Die Verbraucherberatung muss so ausgebaut werden, dass ein flächendeckendes Basisangebot vorhanden ist. Nur informierte Bürger können die für sich richtigen Entscheidungen treffen. Das gilt gerade im Lebensmittelbereich. Verbraucherbildung gehört zu einheitlichen Standards an die Schulen.

Ich freue mich sehr – leider ist Frau Voßeler gerade nicht da –, dass gerade Ende letzten Jahres die Landfrauen für ihr Engagement im Bereich Ernährung und Verbraucherbildung die Auszeichnung offizielles Projekt der UN-Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung erhielten.

Durch solche Projekte werden auch Schüler erreicht, die in Haushalten aufwachsen, in denen sich um die tägliche Ernährung weniger bis gar keine Gedanken gemacht werden.

Auch im Gastronomiebereich möchte man schließlich wissen, was hinter der Küchentür so vor sich geht. Die Kennzeichnung mit Smileys hat in Dänemark zu Erfolgen geführt. Seit dieser Kennzeichnung gehen die Beanstandungen zurück, zum Wohl der Verbraucher.

Vorsichtig ist mit der Veröffentlichung im Internet umzugehen. Ja, jetzt werden Sie staunen, dass ausgerechnet ich das sage. Aber ich sehe das so. Jedem Betrieb sollte in kurzer Frist die Möglichkeit der Nachbesserung gegeben werden. Erst dann kann eine Veröffentlichung vorgenommen werden. Der Mangel sollte hierbei beschrieben werden, harmlose Mängel gar nicht veröffentlicht werden. Da muss immer die Verhältnismäßigkeit im Auge behalten werden. Nur bei gravierenden hygienischen Mängeln steht einer direkten Veröffentlichung nichts im Wege, wobei ich doch annehme, dass, wenn man in einem Betrieb verwesende Tierkadaver in der Ecke oder in der Küche findet, dieser Betrieb direkt geschlossen wird. Auch hier wie in so vielen Bereichen ist Transparenz geboten.

Aktuell zum Beispiel gestaltet sich die Suche nach den Lebensmittelkontrollen in NRW im Netz immer noch wie ein Memory-Spiel. Das wird hoffentlich besser mit der Seite Lebensmitteltransparenz-nrw.de. Aber auf der Seite gibt es auch noch Verbesserungsbedarf. Im Gegensatz zur bayerischen Variante finden sich Hinweise zur Mängelbehebung

nur auf der mühsam anklickbaren Detailseite zu den Einzelberichten, und auch dort nur, wenn man weiß, dass die Details noch einmal anklickbar sind. Dieses Vorgehen kann man im bundesweiten Vergleich als unverschämt klassifizieren. Da sind Klagen Tür und Tor geöffnet.

Denn nicht nur zum Wohl der Verbraucher, sondern auch zum Wohl der Betriebe müssen Veröffentlichungen verständlich, eindeutig und nachvollziehbar sein, eben transparent. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brand. – Für die Landesregierung hören wir nun Herrn Minister Remmel. Bitte sehr.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerne nehme ich für die Landesregierung zum Einzelplan 10 Stellung. Ich tue das auch mit einer gewissen Lust. Denn das, was die Opposition, insbesondere Herr Deppe, hier vorgebracht hat, aber auch Herr Busen, wird meines Erachtens einer Haushaltsdebatte, bei der es um die wichtigen

(Beifall von den GRÜNEN)

Fragen auch der Zukunft der Landespolitik gerade in diesem Politikfeld geht, in keiner Weise gerecht.

Aber bevor ich zu Erwartungen, die ich eigentlich hatte, und Enttäuschungen, die nach Ihren Beiträgen übrig geblieben sind, komme, möchte ich gerne zuerst zur Abteilung Klarheit und Wahrheit kommen. Auch das gehört zur Redlichkeit des Umgangs miteinander dazu, die Dinge auch so darzustellen, wie sie sind, und nicht in einem bewusst falschen Licht erscheinen zu lassen.

Zunächst zur Höhe des Etats: Ich habe es bereits mehrfach im Plenum, aber auch im Ausschuss gesagt. Die Zuwächse gegenüber 2009 bzw. beim Regierungswechsel sind mit der Umressortierung zu erklären, mit der Zunahme der Einnahmen über die Abwasserabgabe und den entsprechenden Ausgaben. Das Gleiche gilt für das Wasserentnahmeentgelt. Hier sind einfach mehrere Millionen zusätzlich dazugekommen, die auch ausgegeben werden. Das hat nichts mit zusätzlichen Geldern für zusätzliche Aufgaben zu tun.

In der Tat: Was dazugekommen ist – das ist mehrfach begründet worden –, ist die Notwendigkeit, die Pflichtaufgaben in der Umweltverwaltung auch tatsächlich zu erfüllen. Aber auch hier gehört zur Klarheit und Wahrheit, dass die aktuellen Stellen im Bereich IED, Anlagenüberwachung im Industriebereich, zu 100 % – ich glaube, das gibt es in keinem anderen Bereich – gegenfinanziert sind über entsprechende Gebühreneinnahmen. Auch das ist eine



Innovation, die diese Landesregierung mit diesem Landeshaushalt umsetzt.

Im Übrigen, Herr Deppe, hätte ich es redlich gefunden, wenn Sie über Stellen sprechen, auch davon zu berichten, dass dieser Einzelplan keine zusätzlichen Stellen im Stellenplan außer den genannten Stellen in der Umweltverwaltung im Ministeriumsbereich ausweist.

Zu Wahrheit und Klarheit gehört auch, Herr Deppe, wenn Sie über Hochwasserschutz sprechen, darauf hinzuweisen, dass Hochwasserschutz in diesem Land eine kommunale Aufgabe ist und es in der Zeit zwischen 2005 und 2010 in diesem Haushaltstitel im Durchschnitt nicht mehr, sondern weniger Ausgaben als die 30 Millionen gegeben hat. Insofern liegen wir voll auf der Linie, auch wenn mir diese Kürzung wehtut; das gebe ich offen zu. Aber, ich denke, es ist ein gutes Angebot an die Kommunen, wie dargestellt, über entsprechende Kreditfinanzierung für die Deichverbände ein wenig Abmilderung zu schaffen.

Zur Wahrheit und Klarheit gehört auch, wenn Sie über den Trinkwasserschutz an der Ruhr sprechen, mit zu erwähnen, dass es dieser Landesregierung gelungen ist, eine feste Vereinbarung mit den Wasserversorgern hinzubekommen, bis 2017 in den Trinkwasserschutz in Nordrhein-Westfalen zu investieren. Das hat Ihre Landesregierung in Ihrer Regierungszeit nicht geschafft. Die Menschen in diesem Land an der Ruhr haben eine gute Aussicht, dass das Trinkwasser dauerhaft einer guten Qualität entspricht. Die Investitionen werden tatsächlich stattfinden. Ich hätte von Ihnen erwartet, das in die Debatte mit einzubringen.

Nun zur Abteilung „Erwartung und Enttäuschung“: Ich hatte erwartet, dass es zu den wesentlichen Fragen der Landespolitik, den Herausforderungen auch Angebote, Konzepte und Diskussionsbeiträge von Ihnen, von der Opposition, gibt. Die können ja durchaus unterschiedlich sein. Darüber hätten wir uns im Sinne eines edlen Wettstreits auseinandersetzen können. Aber in keinem der Politikbereiche haben Sie irgendeinen Vorschlag gemacht, keinen einzigen.

Wie beantworten Sie bei der Biodiversität die Frage, dass in Nordrhein-Westfalen 45 % der Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind oder aussterben? Wie beantworten Sie die Frage, dass Grünland zurückgeht, die Biodiversität in der Fläche fehlt und der Flächenfraß weiter vorangeht? Was sind Ihre Konzepte, dagegen vorzugehen? Was sind Ihre inhaltlichen Vorstellungen zur Ausgestaltung eines Naturschutzgesetzes, zu einer Umsetzung der Biodiversitätsstrategie in Nordrhein-Westfalen, zu einer umfassenden Waldstrategie, um den Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen gerecht zu werden? Dazu von Ihnen keinen einzigen Satz zu hören, ist für eine Landtagsdebatte über die Zukunft des Landes extrem enttäuschend.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was sind Ihre Aussagen zur aktuellen Debatte beim Verbraucherschutz?

(Henning Höne [FDP]: Herr Minister, dazu haben Sie auch noch nichts gesagt!)

Einvernehmlich können wir schnell abhaken, dass wir eine Sicherung der Verbraucherzentralen wollen. Das haben wir umgesetzt, und zwar besser als Sie. Aber was ist Ihre Antwort darauf, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher einer Marktsituation gegenüberstehen, die immer unübersichtlicher wird, immer schwieriger zu kontrollieren ist und bei der im Lebensmittelbereich offensichtlich die Märkte in ganz Europa zusammenhängen, zusammenwirken und ein Einfallstor für kriminelle Machenschaften bieten?

Wie halten Sie es mit dem 10-Punkte-Plan, den wir gemeinsam mit der Bundesregierung auf den Weg gebracht haben, mit der Forderung nach Transparenz, mit der Forderung danach, auch im Verdachtsfall, also schon bei Täuschungen und nicht nur bei Gesundheitsgefährdungen, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu informieren? Wie halten Sie es mit der umfassenden Notwendigkeit, Verbraucherrechte auch dann durchzusetzen, wenn offensichtlich Lobbyinteressen dagegenstehen, wie aktuell bei der Hygieneampel?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da verhindert doch Ihre Bundesregierung die notwendige Transparenz.

Sie werden von mir an keiner Stelle gehört haben, dass ich in irgendeiner Weise zwischen konventionell oder Bio unterscheide. Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher getäuscht werden, muss in beide Richtungen gleichzeitig und mit allem Nachdruck für die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und für Transparenz geworben werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie sieht es mit einer aktuellen Stellungnahme von Ihrer Seite zur Diskussion um Fracking aus? Sie erwähnen Stewede, aber zurzeit steht etwas anderes auf der Tagesordnung. Wie verhält sich die CDU in Nordrhein-Westfalen zu den Vorschlägen der Bundesregierung?

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wo ist Ihre Antwort darauf? Wir haben hier einen Landtagsantrag verabschiedet. Sie haben als Partei eine Position bezogen, die sogar dazu übergehen will, Fracking zu verbieten – eine sehr radikale Position. Dann kommt Ihr Bundesumweltminister daher und sagt: Na ja, in Wasserschutzgebieten wollen wir es nicht, da machen wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Aber ansonsten ist die Frage, ob Fracking das Grundwasser vergiftet, im Moment für uns nicht so wichtig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da müssen Sie doch aufschreien; da müssen Sie doch da sein. Wo ist da Ihre Position? Es ist schon erschütternd, dass Sie zu diesen wichtigen Zukunftsfragen nicht Stellung nehmen.

Natürlich wird die Frage, wo unsere Energieversorgung zukünftig ihre Quellen hat, zurzeit weltweit diskutiert. Kommen wir zurück zu einer Zeit, in der Energie billig war, sodass wir unsere Wirtschaft noch mal mit billiger Energie antreiben und sozusagen einen neuen Turn-around machen können? Das ist eine wichtige Zukunftsfrage. Oder gehen wir konsequent den Weg in eine erneuerbare Energiewirtschaft und setzen sie mit allem Nachdruck um?

**(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)**

Zu Erwartungen und Enttäuschungen gehört auch, dass Sie zu wichtigen Ressourcenfragen keine Stellung genommen haben. Wie wollen Sie denn zukünftig einen ökologischen Wirtschaftsplan gestalten, sodass wir Anlagen- und Investitionssicherheit in Nordrhein-Westfalen bekommen, andererseits aber auch die wichtigen Ressourcen, die wir für die Kreislaufwirtschaft brauchen, sichern, um die Chancen der Umweltwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu steigern?

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister, entschuldigen Sie bitte die Unterbrechung. Wir haben nicht nur den Vorsitz gewechselt, sondern es gibt auch den Wunsch nach einer Zwischenfrage beim Kollegen Ortgies.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Diese würde ich gerne zulassen, wenn ich die letzte Baustelle noch erwähnen kann. Diese ist mir auch mit Blick auf den Kollegen Ortgies wichtig. Es geht um die Frage der Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Regionen in Nordrhein-Westfalen. Auch dazu gibt es keine Stellungnahme. Wie bewerten Sie die Verhandlungsergebnisse in Brüssel? Was heißt das für unsere Landwirtschaft, für unsere ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen, für die Zukunft der ländlichen Räume? Wie gehen Sie damit um, dass die Bundeskanzlerin gegen die ländlichen Räume verhandelt hat und das Ergebnis wahrscheinlich sein wird, dass gerade die Strukturförderung im ländlichen Raum zulasten von Zukunft erheblich gekürzt wird?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist Ihre Bundeskanzlerin. Insofern hätte ich erwartet, dass Sie dazu Stellung nehmen und Position beziehen. Aber Sie sind dem ausgewichen. Ich muss zum Schluss leider feststellen, dass Sie zu all diesen Fragen offensichtlich keine Position haben. Das ist wirklich ein Armutszeugnis für eine Opposition in Nordrhein-Westfalen, die eigentlich gar nicht

Opposition genannt werden dürfte, wenn sie so in diesem Hause agiert.

(Zuruf von der SPD: So ist es wohl!)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Ortgies.

**Friedhelm Ortgies** (CDU): Herr Minister, danke schön für die Zulassung der Frage. Jetzt haben Sie als Minister uns von der Opposition in Ihren zehn Minuten Redezeit fünf Minuten lang Fragen gestellt.

(Zuruf von der SPD: Das war mal nötig!)

Mein Verständnis von einer Parlamentsrede und Haushaltsrede ist, dass der Minister erklärt, wie er sich seinen Haushalt vorstellt und wie seine Politik ist.

(Beifall von der CDU)

Deswegen meine Frage: Ist es das Konzept des Ministers, dass wir seine Fragen lösen sollen?

(Beifall von der CDU)

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Nein, die Fragen sind doch mit dem Einzelplan 10 beantwortet. Das ist die in Zahlen gegossene Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich hätte einen Gegenentwurf erwartet, wie es anders oder besser gemacht werden soll. Das ist von Ihnen eben nicht geliefert worden. Deshalb bedaure ich, dass wir diesen Streit um die besseren Ideen nicht haben führen können. Vielleicht ist es beim nächsten Mal anders. Dann freue ich mich wieder darauf, mich mit Ihnen zu streiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Blask für die SPD.

**Inge Blask** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Verbraucherschutz ist natürlich immer ein Querschnittsthema. Wenn man sich die Themen der letzten Tage und Wochen anschaut, dann ging es z. B. um das Thema Datenschutz in Kommunen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen jetzt gefragt werden, wenn die örtlichen Meldebehörden Daten verkaufen möchten. Das ist ein gutes Ergebnis des Vermittlungsausschusses. Das war eine Initiative aus Nordrhein-Westfalen.

Ein weiteres Thema: Die Bundesministerin hat in dieser Legislaturperiode bereits fünfmal angekündigt, das Problem der Abmahnabzocke kurzfristig zu lösen. Jetzt hat sie endlich einen Referentenentwurf vorgelegt. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie diese Abmahnabzocke endgültig beendet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Abschließend brauchen wir eine gute Lebensmittelüberwachung, meine Damen und Herren. Wir brauchen Transparenz bei den Ergebnissen. Pferdefleisch in Fertiggerichten, Eier, die nicht richtig gekennzeichnet sind, und jetzt auch noch Pferdefleisch im Restaurant: Damit ist unsere Forderung, für Transparenz bei den amtlichen Kontrollergebnissen im Gastronomie- und Lebensmittelbereich zu sorgen, dringender denn je. Wir wollen in diesem Jahr mit ausgewählten Kommunen in einem internetbasiertem Modellprojekt beginnen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, dem Einzelplan 10 zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Höne das Wort.

**Henning Höne (FDP):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will vorweg ein oder zwei Punkte ansprechen. Geschätzter Herr Kollege Markert, wenn ich mich recht erinnere, haben Sie eben davon gesprochen, dass die Ausgaben in Nordrhein-Westfalen mit ca. 3.000 € pro Einwohner im Vergleich der Bundesländer sehr niedrig lägen. Abgesehen davon, dass man sich natürlich immer die passenden Kennzahlen aussuchen kann, will ich Ihnen gerne helfen; denn Sie sind ja Jurist. Juristen können bekanntlich nicht rechnen. Ich biete Ihnen hiermit gerne an, im Nachgang zu dieser Sitzung noch einmal über Skaleneffekte zu sprechen, die aus der Betriebswirtschaft kommen. An der Stelle können wir das mit Sicherheit aufklären.

Herr Minister Remmel, der nächste Punkt: Sie haben eben Klarheit und Wahrheit angemahnt. Das haben Sie inmitten dieser Fragestunde der Regierung an das Parlament getan, die wir eben von Ihnen mitbekommen haben. Wenn Sie das einfordern, frage ich mich, warum Sie einen Tag vor der Anhörung zur Dichtigkeitsprüfung, bei der es um private Hausanschlusskanäle geht, das bekannte Beispiel mit der Solinger Stadtautobahn von einem gewerblichen Abwasserkanal durch die Gegend geschickt haben. Dies geschah mit dem Hinweis, wir sollten das bitte für die Anhörung beachten. Das hat doch mit Wahrheit und Klarheit nichts zu tun.

Ich will zum Haushalt auf fünf Punkte eingehen, die zum Teil schon angesprochen worden sind.

Der erste Punkt betrifft das Wasserentnahmeentgelt. Die Anzuhörenden haben in breiter Einigkeit erklärt, dass es eigentlich keinen Grund zur Erhöhung des Entgelts gibt; denn die Aufgabenerfüllung kann auch mit den bestehenden Einnahmen erledigt werden. Herr Minister Remmel, das haben Sie auch schriftlich in einer Vorlage für den Umweltausschuss bestätigt. Trotzdem erhöhen Sie das Entgelt und belasten damit die Endverbraucher. Sie tun das nicht aus den Gründen, die Sie immer vorschieben, wonach Sie das Geld für die Wasserrahmenrichtlinie bräuchten.

Sie haben am 16. Januar im Ausschuss bestätigt, warum Sie das tun. Sie tun das, weil der Anteil des Finanzministers – gemeint sind die Einnahmen – nicht geringer geworden ist. Die Mehreinnahmen fließen also in den allgemeinen Haushalt und werden eben nicht für die Wasserrahmenrichtlinie gebraucht. Sie schieben das als Grund nur vor.

Dass Sie in nahezu allen Bereichen ein Ausgaben-, aber kein Einnahmenproblem haben, hat die Debatte seit gestern schon eindeutig belegt. Steuern und Abgaben zu erhöhen, ist eben das Leichteste, was Sie tun können. Trotz dieser Politik des Abkassierens schaffen Sie es aber nicht, den Haushalt merklich zu konsolidieren. Das dokumentiert aus unserer Sicht Ihr Staatsverständnis:

(Beifall von der FDP)

Das besteht aus mehr Aufgaben, mehr Ausgaben, mehr Kontrolle, mehr Personal. Das ist alles nach dem Motto: Viel hilft viel! Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit haben da das Nachsehen.

Zweiter Punkt. Stellenentwicklung: Eben ist es schon angesprochen worden. 387 Stellen mehr sind, einmal implementiert, so schnell nicht wieder einzusparen. Die Folgekosten, die an dieser Stelle entstehen, sind immens. Unserer Meinung nach sind Sie dem Parlament immer noch eine wirklich stellenscharfe Analyse schuldig, mit der diese einzurichtenden Stellen wirklich einmal auf den Prüfstand gestellt werden.

Weil es nicht angesprochen worden ist, will ich an dieser Stelle noch einmal sagen: Durch mehr Personal alleine wird doch nichts besser. Sie tun so, als könnte man jeden kommenden Skandal dadurch verhindern, dass man neue Stellen schafft. Entscheidend allerdings sind doch die Organisationsstrukturen dahinter. Aber erneut verfahren Sie nach dem Motto: Viel hilft viel!

Dritter Punkt. Schauen wir uns einmal eines Ihrer Projekte an, das Sie unterstützen: Es geht um die „Informationskampagne Ökologischer Landbau“: 250 Veranstaltungen im gesamten Land, bei denen Sie über Ökolandbau und Ökoerzeugnisse informieren. Das Ganze kostet den nordrhein-westfälischen

Steuerzahler 250.000 €. – Nicht dass ich oder wir etwas gegen Ökoprodukte hätten, aber ...

(Zuruf von den GRÜNEN: Niemals!)

– Herr Kollege Priggen, ökologischer Landbau hat seine Berechtigung. Hier unterscheiden wir uns: Ökologischer Landbau hat genauso Berechtigung wie konventionelle Landwirtschaft. Diese Gleichberechtigung sollten Sie eigentlich einmal anerkennen.

(Beifall von der FDP)

Aber in Zeiten knapper Kassen starten Sie lieber eine einseitige Informationskampagne, wobei es vielmehr Aufgabe der Ökobranche selbst wäre, auf sich aufmerksam zu machen und für sich zu werben. Das müsste ihr doch eigentlich leicht fallen, weil doch die Nachfrage nach Bio-Produkten und regionalen Produkten weiter ansteigt. Kampagnen vonseiten des Landes sind gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage weder notwendig noch angebracht. Sie dienen lediglich Ihrer Lobbyarbeit.

Vierter Punkt. Verbraucherschutz: Das Allerwichtigste – das muss immer unser Ziel sein und in den Köpfen schweben, wenn wir über Verbraucherschutzpolitik sprechen – ist ein informierter und sachkundiger Verbraucher. An der Stelle sind wir uns wohl vom Grundsatz her einig. Fest steht auch ohne Wenn und Aber: Die Verbraucher haben ein Recht darauf, dass im Produkt das drin ist, was draußen draufsteht. Gleichzeitig hat die Branche Pflicht, genau dafür zu sorgen.

Kriminelle Energie und Täuschung müssen eindeutig aufgedeckt und mit allen bestehenden Möglichkeiten geahndet werden. Aber neben der richtigen Forderung nach Aufklärung muss eine weitergehende Debatte erfolgen, die wir im Ausschuss zum Teil schon geführt haben. Der Preis repräsentiert eben immer auch die Qualität eines Gutes. Das bedeutet: Für 1,99 kann es – ob aus dem Kühlregal oder nicht – eben keine Spitzenqualität geben. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Minister Johannes Remmel: Was heißt das denn?)

– Herr Remmel, das heißt im Umkehrschluss, dass wir das Bewusstsein der Verbraucher schärfen müssen. Wir müssen an der Stelle an das Kaufverhalten der Verbraucher appellieren, ohne ihm im Übrigen vorzuschreiben, was er genau kaufen soll.

(Minister Johannes Remmel: Das heißt doch: Wer so ein Produkt kauft, ist selber schuld!)

– Herr Minister, wir müssen aufzeigen, dass zu geringsten Preisen eben nicht das beste Angebot erwartet werden kann.

(Minister Johannes Remmel: Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

Fünfter und letzter Punkt. Hygieneampel: Bundesweit einheitlich wird es Ihr Projekt aufgrund massiver Bedenken, die wir übrigens teilen, nicht geben. Aber von diesen Bedenken haben Sie sich nicht beeindrucken lassen. Schon im letzten Jahr haben Sie Taten angekündigt, allerdings nicht geliefert. Im ersten Halbjahr sollte etwas passieren. Jedoch brauchen Sie sieben bis acht Wochen, um auf Kleine Anfragen zu antworten. Selbst nach so langer Zeit schaffen Sie es nicht, einfachste Fragen zu beantworten.

Für mich belegt das, dass Sie vor allem Überschriften produzieren wollen, ohne konkrete Maßnahmen oder ohne konkrete Rechtsgrundlagen vorher zu durchdenken.

Die FDP-Landtagsfraktion wird diesem Einzelplan nicht zustimmen. Es fehlt ein Konzept zum Abbau der Ausgaben. Es fehlen Konzepte für bestehende und für kommende Projekte. Es gibt ein Buch grüner Lieblingsprojekte, die wenig durchdacht und wenig konzipiert sind und die weitestgehend keinen oder nur sehr wenig Nutzen für die Umwelt oder die Verbraucher bringen. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rüße.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Werte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Höne, Sie haben sich gerade in Ihrer Rede unglaublich widersprochen: Auf der einen Seite fordern Sie vom Minister und von uns allen, wir sollten das Verbraucherbewusstsein schärfen. Auf der anderen Seite kritisieren Sie den Minister dafür, wenn er zum Beispiel Projekte wie „Aktionstage Ökolandbau“ durchführt, die einen Teil dieser Verbraucherbewusstseinsbildung darstellen. Sie können nur das eine oder das andere haben.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Beides!)

Ich glaube, dass es an der Stelle genau richtig ist, Geld zu investieren.

Der Minister hat gerade gesagt, dass wir eigentlich einen Streit um die besseren Ideen haben wollen, wenn wir hier diskutieren. Also schaut man sich natürlich die Anträge an, die von der CDU zum Haushalt kamen. Ich war schon sehr überrascht, dass Sie gerade in der Titelgruppe „Naturschutz und Landschaftspflege“ von den 36 Millionen € 16 Millionen € streichen wollen. Das ist schon überraschend, und ich kann Ihnen an der Stelle nur bescheinigen, dass Sie eine gewisse Boshaftigkeit gegenüber dem Naturschutz an den Tag legen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wirklich Überraschende ist dann noch die Kaltschnäuzigkeit, mit der Sie; Herr Deppe, im Ausschuss verkünden, die Biologischen Stationen würden neben den Verbraucherzentralen bei Ihnen einen Schwerpunkt bilden. Ich frage mich: Was sollen die Biologischen Stationen denn noch machen, wenn Sie an der Stelle die Mittel dermaßen kürzen? Oder eine andere Alternative: Sie wollen, dass das Land die Gänsefraßschäden am Niederrhein nicht mehr finanziert. Vielleicht meinen Sie ja das. Alles geht nicht.

Besonders beeindruckend ist auch Ihr Vorschlag, bei der „NRW-Stiftung Natur, Heimat, Kultur“ von 8 Millionen € über 1 Millionen € wegzustreichen. Auch dort frage ich mich: Ist das die Rache der Westfalen? Sinnvoll ist dieser Kürzungsvorschlag nicht. Dass Sie einer Stiftung, die erwiesenermaßen von uns allen attestiert bekommt, gute Arbeit zu leisten, so viel Geld wegnehmen wollen, können wir nicht nachvollziehen. Diese Stiftung macht gerade im ländlichen Raum gute Arbeit. Es wirft ein bezeichnendes Licht darauf, was Ihr angeblicher Einsatz für den ländlichen Raum wirklich wert ist.

Aus unserer Sicht der Gipfel ist allerdings Folgendes: Im Bereich der Umweltverwaltung wollen Sie für die mehr eingesetzten Stellen gleich die Hälfte der Mittel wieder kürzen und von 20 Millionen € knapp 10 Millionen € wegstreichen. Als Begründung heißt es dann bei Ihnen, dass zur Verbesserung der Umweltüberwachung ein Personalaufwuchs von 100 Stellen ausreichend ist.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Rüße, Entschuldigung. Der Kollege Höne würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Ja, kann er machen. Hoffentlich nicht zur Skalierung.

**Henning Höne (FDP):** Frau Präsidentin! Herr Kollege Rüße, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Die Skaleneffekte klären wir zum Ende der Plenarsitzung.

Noch einmal zurück zur Stiftung Umwelt und Entwicklung. Das ist eine Stiftung, die sich auch um Nachhaltigkeit kümmert.

Glauben Sie nicht, dass es sinnvoller wäre, Zuschüsse an eine solche Stiftung, die sich um Nachhaltigkeit kümmert, auch nachhaltig zu investieren, sprich direkt in das Stiftungsvermögen fließen zu lassen, um mittelfristig, ohne in die Details zu einzelnen Projekten einsteigen zu wollen, dafür zu sorgen, dass die Stiftung unabhängig von der tagesaktuellen Politik auf eigenen Beinen stehen kann?

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Lieber Kollege Höne, vielen Dank für die Nachfrage. Ich glaube, angesichts

der aktuell zu erzielenden Zinsen ist das Konstrukt der Stiftung im Moment schwierig. Ich denke, das wissen wir beide. Von daher können Sie derzeit so viel Kapital, wie sie bräuchten, um die Arbeit im Moment bei 1 % zu erzielenden Zinsen aufrechtzuerhalten, allein aus den Erträgen nur schwerlich leisten. Von daher ist der von uns getätigte Weg genau richtig.

Bei den von Ihnen vorgeschlagenen nur 100 anstatt 300 Stellen zusätzlich in der Umweltverwaltung frage ich mich, ob Sie aus den aktuellen Skandalen nichts gelernt haben. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie vor dem Hintergrund dessen, was wir in den letzten Jahren hatten – wir hatten Dioxine, wir hatten Envio; aktuell haben wir Pferdefleisch und Eier –, einen solchen Antrag hier nicht gestellt und sich mit uns gemeinsam hinter die Umweltverwaltung gestellt hätten.

Ich werfe Ihnen direkt vor, dass Sie mit Ihren Kürzungsvorschlägen, die Sie an der Stelle machen wollen, wesentlich eine Verschlechterung der Umweltverwaltung und sogar weitere Skandale riskieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden natürlich auch im Jahr 2013 weiter über den zukünftigen Weg der Landwirtschaft diskutieren. Ich glaube, wir werden weiterhin in der Diskussion bleiben, welcher Weg der richtige ist. Weltmarkt oder Regionalmarkt? Wollen wir am Weltmarkt mitspielen oder wollen wir die Verbraucherinnen und Verbraucher in erster Linie vor unserer eigenen Haustür bedienen?

Das erste Modell – das haben wir aktuell erlebt – ist der Wettlauf, wer das billigste Fleisch für die globalisierte Lasagne liefern kann. Das andere Modell, das wir präferieren, ist die Regionalität, und das basiert darauf, dass Landwirte für eine definierte Qualität, für eindeutige Herkunft vor Ort auch deutlich bessere Preise erzielen können.

Das Problem ist, wer billig produzieren will, wer am Weltmarkt mitspielen will, der muss als Landwirt auf Teufel komm raus wachsen. Der muss die von Ihnen, Herr Höne, zitierten Skaleneffekte einsetzen. Der muss in Bestände von 200.000 Masthähnchen, 10.000 Mastschweinen hineinwachsen. Das wären dann die geltenden Normen.

Nur eins ist klar: Die Menschen in NRW fragen uns doch: Was machen die Landwirte denn da? Was passiert mit den Böden? Ich will daran erinnern, dass wir gestern über Bienen, über Imker diskutiert haben. Das ist doch ein gutes Beispiel dafür, wie die Natur unter der Intensivlandwirtschaft leidet.

Wir beantworten die Fragen zur Zukunft der Landwirtschaft anders als Sie. Ich glaube, wenn ich noch einmal zusammenfassend auf den Einzelplan 10 schaue, wenn ich die Änderungsanträge von der CDU dagegenstelle, dann gibt es für mich nur ein Fazit: Landwirtschaft und Umwelt sind in NRW bei

Minister Rimmel derzeit in absolut guten Händen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die Landesregierung hat Minister Rimmel noch einmal um das Wort gebeten.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich war alles gesagt. Aber, Herr Höne, eine Bemerkung von Ihnen reizt mich zum Widerspruch, weil ich das in der Debatte ab und an höre – mich wundert es nicht, dass es aus Ihrem Mund kommt –, und zwar die Bemerkung zu den 1,99 € für 500 g Lasagne, dass man es nicht anders erwarten könne, wenn es so billig ist.

Das ist eine Beschimpfung der Verbraucherinnen und Verbraucher,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –  
Reiner Priggen [GRÜNE]: Ganz genau!)

die offensichtlich zu dumm sind, solche Produkte zu kaufen. Das ist Ihr Verständnis von Freiheit und Verantwortung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zur Freiheit gehört auch immer die Verantwortung. Deshalb müssen wir in der Tat darüber diskutieren, wie dieser Markt funktioniert, dass er offensichtlich so eng ist, dass er für solche Einfälle und Ausfälle anfällig ist.

Andererseits habe ich als Minister für Verbraucherschutz den Anspruch – den sollten auch Sie haben –, dass jedes Produkt, egal wie preiswert es ist, an der Ladentheke für den Verbraucher und die Verbraucherinnen sicher ist und auch drauf steht, was drin ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das wäre meine Erwartung an die Aussagen von Ihnen.

Zum Abschluss muss es gestern eine Bemerkung und eine Frage von Herrn Stein zum Einzelplan 20 gegeben haben, und zwar zu der Frage vertragliche Situation THTR. Der Kollege Finanzminister hat mich gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Das will ich hier jetzt nicht tun. Ich gebe das gern **zu Protokoll**. Im Protokoll können Sie nachlesen, wie die vertraglichen Verpflichtungen sind und wie die Situation ist. (Siehe Anlage 1) – So weit zu dieser Sache.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Ich wollte Sie nicht unterbrechen. Es gab erneut den Wunsch nach einer Zwischenfrage, dieses Mal vom Kollegen Bu-

sen. Möchten Sie die Zwischenfrage jetzt als Endfrage zulassen?

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Immer wieder gern.

**Karlheinz Busen** (FDP): Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Rüße fragte vorhin, ob wir weiterhin den Weltmarkt bedienen wollen. Haben Sie auch vor, Deutschland zu einer Enklave der Landwirtschaft zu machen?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Dazu müssten wir jetzt länger diskutieren.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Wir müssen mal etwas Grundsätzliches über Kreislauf machen!)

Vielleicht kurz und knapp. Ich weiß nicht, ob Sie in den letzten Wochen und Monaten, in den letzten Jahren verfolgt haben, welche Bedeutung der Rohstoffmarkt, der Markt um Ernährungsprodukte, weltweit bekommen hat. An vielen Stellen ist dieser Markt mittlerweile wichtiger als der Finanzmarkt. Wenn irgendwo der Getreidepreis steigt, fallen Regierungen in anderen Ländern.

Deshalb sage ich: Natürlich sind wir weltmarktorientiert. Aber wir müssen, wenn wir gleichzeitig wissen, dass bis 2050 zusätzlich zwei Milliarden Menschen auf der Welt sein werden, doch alles dafür tun, unsere Strukturen so krisenfest zu machen, dass wir unsere Ernährungssouveränität hier sichern können. Es ist Politik der Landesregierung, Ernährungssouveränität hier zu sichern, möglichst immer da, wo es geht, unabhängig vom Weltmarkt zu werden, aber doch nicht gegen den Weltmarkt zu agieren. Diese Diskussion so zu führen, ist doch Kleinkinderkram.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Bevor ich jetzt die weiteren Wortmeldungen, die eingegangen sind, aufrufe, möchte ich gern zum Zeitkontingent noch etwas sagen, weil das nicht ganz einfach ist.

Der Minister hat in beiden Redebeiträgen zusammen insgesamt die Redezeit um 2:57 Minuten überzogen, im ersten Beitrag bereits um 1:12 Minuten, die wir großzügigerweise bei den Rednern der FDP und der Grünen in der zweiten Runde bereits gedanklich und hier nachvollziehbar eingerechnet haben, sodass jetzt SPD, CDU und Piraten die noch auf ihren Displays befindliche Redezeit plus 2:57

Minuten haben. Die FDP hat bereits eine Minute und vier Sekunden verbraucht, die Grünen 53 Sekunden, sodass wir Ihnen jeweils unterschiedliche Redezeiten gewähren können, damit es gerecht bleibt.

Herr Kollege Sundermann möchte nicht mehr für die SPD sprechen. Dann hat sich Kollege Höne von der FDP gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Henning Höne** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Remmel, das, was Sie gerade gemacht haben, waren zwei Dinge: Nummer eins, die Worte um Mund umdrehen, Nummer zwei, blanker Populismus.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Das war an Unverschämtheiten nicht mehr zu über treffen.

(Zuruf von Sigrig Beer [GRÜNE])

Hätten Sie mir zugehört – Sie auch, Frau Beer, vielleicht hören Sie auch mal zu –, dann hätten Sie mitbekommen, dass ich gesagt habe: Es muss drin sein, was drauf steht. Daraus würde ich auch ableiten, dass es ordentlich sein muss. Ich habe gesagt: Die Branche muss auch dafür sorgen, dass das wirklich so ist und muss es garantieren.

Wenn man diese beiden Punkte im Kopf hat und dann dazu sagt, der Preis repräsentiert natürlich die Qualität eines Gutes, dann kann man daraus schließen: Herr Kollege Höne hat allen Verbrauchern an dieser Stelle Dummheit unterstellt – wenn man es populistisch auslegen möchte, mag das so sein, das mag dann auch in Ihre Ideologie passen –, oder aber man schließt daraus: Wir müssen an die Verbraucher appellieren, so wie ich es eben auch schon gesagt habe, und müssen darauf hinweisen, dass die Menschen in Deutschland im europäischen Vergleich, relativ gesehen, für Lebensmittel sehr wenig ausgeben. Offensichtlich haben wir in Deutschland eine Sondersituation, dass die Lebensmittel nicht entsprechend wertgeschätzt werden, wie es sein könnte.

(Beifall von der FDP)

Herr Minister, ich habe zu keinem Zeitpunkt gesagt, dass, wenn man nur 1,99 für ein Essen ausgibt, Mist drin sein darf.

(Zuruf von Sigrig Beer [GRÜNE])

Aber ich habe schon darauf hingewiesen, wie bei allen anderen Gütern auch: Je mehr ich bezahle, desto mehr Möglichkeiten gibt es in der gesamten Lieferkette auch, etwas Besseres, etwas Hochwertigeres zu liefern.

(Zuruf von Sigrig Beer [GRÜNE])

– Frau Beer, dass es Qualitätsunterschiede auch bei Lebensmitteln gibt, die sich über den Preis abbilden, ohne dass an der einen Seite Pferdefleisch

untergemischt sein muss und auf der anderen Seite das Kobe-Rind steht, kann man wahrscheinlich auch als Grüner akzeptieren.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege, Ihre Redezeit.

**Henning Höne** (FDP): Ich sage es an dieser Stelle noch einmal: Ich kann das nur zurückweisen, Herr Remmel, was Sie mir an dieser Stelle vorgeworfen haben. Das war albern. Das war populistisch, und das war vor allem der Sache nicht zuträglich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Deppe.

**Rainer Deppe** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Remmel! Sie haben einen Haushalt aufgestellt. Ihre Aufgabe in dieser Debatte ist es, den Haushalt darzustellen und darüber zu debattieren. Was haben Sie gemacht? Sie haben zu diesem Haushalt kein Wort gesagt. Die Frage nach den Referatsleitern haben Sie natürlich nicht beantwortet, was schon unangenehm ist: 46 % Steigerungen bei den Referatsleitern – und die Stellen wahrscheinlich überwiegend mit Grünen besetzt. Das ist ein neues Thema, das man aufmachen könnte, nämlich die Personalvermehrung bei Ihnen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Stattdessen stellen Sie sich hierhin und fragen die Opposition. Wir können die Fragen beantworten. Dann wären wir aber Regierung.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Remmel, Sie sind in Wahrheit nach wie vor ein Oppositionspolitiker. Deshalb bekommen Sie auch nichts geregelt. Aus diesem Grunde scheitern Sie bei einem Projekt nach dem andern. Sie haben die ganze Szene aufgemischt. Letztlich haben Sie aber nichts erreicht. Wir werden nachher darauf noch einmal kommen.

Ich möchte noch darauf eingehen, was Sie zum Thema Pferdefleisch – wir konnten nicht alle Themen ansprechen – sagen. Natürlich ist das Betrug, wenn Rindfleisch verkauft wird, wie drauf steht, und Pferdefleisch drin ist. Aber ist genauso Betrug, wenn den Menschen Bio-Öl, Bio-Pflanzen, Bio-Eier verkauft werden, obwohl die Produkte konventionell erzeugt sind. Das Dumme ist nur: Dazu sagen Sie nichts.

Gucken Sie auf die Homepage Ihres Ministeriums! Keine einzige Erklärung zu dem aktuellen Bio-Eier-Skandal. Da sind Sie stumm. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen. Sie messen mit zweierlei Maß. Für

Sie hat Verbraucherschutz nichts mit objektiver Information der Verbraucher zu tun.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Deppe, entschuldigen Sie, dass ich Sie jetzt unterbreche. Der Kollege Markert würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Rainer Deppe (CDU):** Ja, gern, Herr Markert.

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Lieber Herr Deppe, vielen Dank für die Möglichkeit, hier eine Frage zu stellen. Bei Ihrem engagierten umweltpolitischen Redeschwall würde mich interessieren, wie Sie sich erklären, dass Ihr großartiges Engagement heute Abend von Ihrer eigenen Fraktion nicht so stark unterstützt wird und warum sie es vorzieht, einen kommunalpolitischen Kongress während der Haushaltsberatungen im Maritim-Hotel parallel abzuhalten?

**Rainer Deppe (CDU):** Lieber Herr Kollege Markert, wir können eine andere Frage stellen, und zwar an Ihre Geschäftsführerin, warum sie mich eben massiv, schon fast genötigt hat, auf die Aussprache zu einem Gesetz, das wir nachher noch beraten wollen, bei dem es um die Weihnachtsbäume geht, zu verzichten und die Reden zu Protokoll zu geben. Das ist Ihre Form von Transparenz. Wir tagen hier in der Öffentlichkeit, und wir diskutieren auch hier.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Bis zum bitteren Ende!)

Jetzt möchte ich noch etwas sagen – aber ich habe keine Uhr und weiß nicht, wie lange ich noch sprechen darf – zum Thema Fracking, damit sich nichts Falsches festsetzt. Die Position der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen ist glasklar. Wir waren die Ersten, die dazu einen Antrag eingebracht haben. Das hat Sie übrigens geärgert.

Diesen Antrag haben wir hier beschlossen. Wir brauchen – ich sage es noch einmal – in Nordrhein-Westfalen kein Fracking. Bitte zum Mitschreiben im Protokoll!

(Beifall von der FDP)

Wenn gesagt wird, in Trinkwassergebieten nicht, dann sage ich: Trinkwasser wird nicht nur dort gewonnen, wo Trinkwasserschutzgebiete ausgewiesen sind.

Deshalb hat es überhaupt keinen Sinn, hier in Nordrhein-Westfalen mit Fracking anzufangen. Da ist die Position unserer Fraktion ganz klar. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den PIRATEN: Hört, hört!)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die SPD, die Grünen und die Piraten hätten aber noch Redezeit. Es bleibt aber dabei? – Dann schließe ich die Debatte zu den Teilbereichen „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“ und „Landwirtschaft“ des Einzelplans 10 und rufe auf:

### Teilbereich Klimaschutz

Ich erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Deppe das Wort.

**Rainer Deppe (CDU):** Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden über Klimaschutz. Leider trägt diese Landesregierung nichts dazu bei.

Wo sie gefordert wäre, nämlich beim Ausbau der erneuerbaren Energien, da versagt sie gänzlich. Bei der Energiewende in Nordrhein-Westfalen kommen wir nicht voran.

400 Windräder Jahr für Jahr wollte der Klimaschutzminister in Nordrhein-Westfalen bauen. Daraus ist bisher nichts geworden. Grund sind die Hemmnisse, die die Umweltbehörden und die Artenschutzbehörden hier aufbauen.

Die Windkraft in Nordrhein-Westfalen wird ausgebremst durch langanhaltende komplizierte und teure Genehmigungsverfahren. So werden hier immer weniger statt mehr Windkraftanlagen gebaut.

Die Genehmigungsverfahren ziehen sich über Jahre hin. Landwirte, Bürger, Genossenschaften beklagen sich, dass sie Hunderttausende von Euros für immer neue Gutachten ausgeben müssen und dann doch keine Genehmigung erhalten.

So ist in Nordrhein-Westfalen der Zubau der Windzeugungskapazitäten vom Jahr 2011 mit 160 Megawatt auf 133 Megawatt im Jahr 2012 und somit um 16,4 % gesunken.

Damit nicht gleich wieder gesagt wird: „Daran trägt die Bundesregierung die Schuld“, möchte ich darauf hinweisen, dass im gleichen Zeitraum der Zubau in Deutschland um 21,5 % gestiegen ist.

Beim Windenergiezubau belegt Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer nur noch Rang 8, während wir im Jahr 2011 immerhin auf Rang 6 standen. Unter Rot-Grün droht unser Land im bundesweiten Vergleich zum Verlierer der Energiewende zu werden.

Herr Remmel, die drei Jahre, die Sie jetzt im Amt sind, sind für den Zubau der Windenergie verlorene Jahre gewesen. Es ist bedauerlich, dass jetzt durch eine bundesweite Diskussion, an der sich viele beteiligen, eine große Verunsicherung in der Branche



ausbricht und wir diesen Rückstand, der zu Ihrer Zeit entstanden ist, wahrscheinlich nicht wieder aufholen können.

(Beifall von der CDU)

Es wäre Ihre Pflicht gewesen – und sie ist es nach wie vor –, die bürokratischen Hemmnisse, die wohl in keinem Land so groß sind wie hier, beim Ausbau der Windkraft in Nordrhein-Westfalen zu beseitigen.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Deppe, Entschuldigung, dass ich Sie schon wieder unterbreche. Diesmal ist es der Herr Kollege Rohwedder, der Ihnen eine Zwischenfrage stellen möchte.

**Rainer Deppe (CDU):** Bitte schön.

**Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN):** Vielen Dank, Frau Präsidentin, und Ihnen, Herr Deppe, vielen Dank für diese Gelegenheit.

Sie malen ja hier ein düsteres Bild von der Entwicklung der Windkraft in Nordrhein-Westfalen an die Wand. Würden Sie es für sinnvoll halten, den alten Windkrafterlass der Rüttgers-Landesregierung wieder in Kraft zu setzen?

**Rainer Deppe (CDU):** Herr Remmel ist mit dem neuen Windkrafterlass als „Windermöglichkeitserlass“ – ich hoffe, ich zitiere Sie da richtig – angetreten.

(Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Es ging um Rüttgers!)

– Nein, ich meine Herrn Remmel. – Ich will das aber gar nicht in Abrede stellen. Die CDU hat ja ihre Haltung zur Windenergie in Nordrhein-Westfalen verändert.

Ich selbst war daran nicht ganz unmaßgeblich beteiligt. Ich erinnere mich an Diskussionen, bei denen es um das Thema „Windenergie im Wald“ ging und ich Schelte bekam, als ich mit der Kollegin Brunert-Jetter im Sauerland war und gesagt habe: Man kann das Ganze auch im Wald machen.

Mittlerweile ist unsere Position dazu wesentlich offener. Tatsache ist jedoch, dass wir es hier in Nordrhein-Westfalen mit zunehmenden Hindernissen der Umweltverbände, der Umweltbehörden und der Artenschutzbehörden zu tun haben.

Der Kollege Busen hat vorhin etwas zu den Möglichkeiten des Verbandsklagerechts gesagt. Hierzu habe ich eine entsprechende Anfrage gestellt. Ich bin sehr gespannt, wie sie beantwortet werden wird.

Meine Damen und Herren, meine Sorge ist, dass wir jetzt wirklich den Anschluss verloren haben und wir in Deutschland zum Verlierer der Energiewende werden; Herr Duin will das doch mit Zahlen belegen.

Herr Remmel, bei Ihnen sind leider die bürokratischen Hemmnisse zu groß gewesen.

Stattdessen erlassen Sie ein Klimaschutzgesetz; darüber haben wir lange diskutiert. Es ist jetzt in Kraft getreten. Ich will es noch einmal sagen: Das Klimaschutzgesetz wird weder das Klima in Nordrhein-Westfalen noch das Klima in der Welt positiv verändern.

Sie haben leider den falschen Weg eingeschlagen und haben neben das EU-Emissionshandelssystem ein anderes System gesetzt. Damit sorgen Sie dafür, dass die Zertifikate noch billiger werden. Sie unterlaufen damit die Politik der EU-Kommission und die Politik von Bundesminister Altmaier. Zum Schluss werden Sie sich wahrscheinlich noch hinstellen und sagen: Die waren daran schuld.

Wir sollten in Nordrhein-Westfalen Fortschrittsmotor für Klimaschutztechnologien sein. Das ist unsere Wirtschaft grundsätzlich. Gestern Abend hatten wir eine große Veranstaltung der Firma Currenta.

Der Chemiestandort in Nordrhein-Westfalen ist ein Topstandort. Hier werden Klimaschutzprodukte erzeugt. Das sollten wir fördern und nicht behindern, indem wir sagen: Wenn man mehr Menge produziert, werden auch mehr Klimagase emittiert. Denn diese Produkte werden die Klimabilanz insgesamt verbessern.

Sie könnten auch etwas für den Klimaschutz und die Energieeffizienz tun, indem Sie dafür sorgen, dass statt alten Kohlemeilern, die weiter am Netz bleiben, das modernste Steinkohlekraftwerk der Welt in Datteln endlich ans Netz gehen kann. Auch da sagen Sie: Damit haben wir nichts zu tun; das ist nicht unser Problem. – Aber am Ende wird die Klimabilanz dadurch nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Ich glaube, Sie sollten Ihr Engagement dort hineinsetzen und dafür sorgen, dass der Weg des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen tatsächlich beschritten wird und dass wir beim Ausbau erneuerbarer Energien wirklich vorankommen. Dann würden wir hier auch tatsächlich weiterkommen. Ich habe aber Sorge, dass Ihnen das nicht gelingen wird.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Deppe. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Meesters von der SPD. Jetzt funktioniert die Anzeige auch wieder richtig. Wir hatten ein kleines Problem mit der Technik. Aber Ihre Redezeit wird jetzt korrekt angezeigt.

**Norbert Meesters (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat mich sehr gefreut, von Herrn Deppe zu hören, dass die CDU erkannt hat, dass ihre Windkraftverhinde-

rungspolitik unter der Rüttgers-Regierung falsch war, und dass sie ihre Meinung geändert hat;

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

denn dieser Punkt ist eigentlich dafür verantwortlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Bundesländern in den letzten Jahren so weit zurückgefallen sind.

Ich wünsche mir sehr, dass sich die Einstellung zum Klimaschutz bei Ihnen auch irgendwann in Richtung Realität bewegt. Dann können wir gemeinsam vieles voranbringen; denn der Klimaschutz ist, wie wir alle wissen, eine Aufgabe, die einen langen Atem und konsequentes politisches Handeln erfordert.

Seit vielen Jahren wird das Problem abschmelzender Polkappen diskutiert. Klar ist aber auch: Der Klimawandel ist längst bei uns in Nordrhein-Westfalen angekommen. Das Ganze ist nicht nur ein Problem exotischer Orte wie der Polkappen oder der Malediven, die zu Recht fürchten, bei einem Anstieg des Meeresspiegels überflutet zu werden. Zugespißt gesagt, ist es auch nicht allein das Problem der Eisbären, die langsam nervös werden, weil sie keine ausreichenden Eisschollen mehr finden. Vielmehr ist es unser aller Problem. Daher sind wir als Land auch in der Pflicht, aus wohlwogendem Eigeninteresse unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Hierzu zählen natürlich viele verschiedene Bausteine.

Erst vor Kurzem haben wir das Klimaschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen – Sie haben es angesprochen, Herr Deppe – beschlossen. Das war ein starkes Signal für den Klimaschutz in Deutschland.

Mit der Erarbeitung des Klimaschutzplans, die derzeit unter großer gesellschaftlicher Beteiligung erfolgt, bereiten wir nun die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele des Klimaschutzgesetzes vor.

Unsere Klimaschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen hat aber noch mehr Bausteine. So hat Nordrhein-Westfalen mit dem KlimaschutzStartProgramm ein wichtiges Instrument aufgelegt, um verschiedene Maßnahmen, vornehmlich auf kommunaler Ebene, zu initiieren und damit den Klimaschutz voranzutreiben; denn gerade unsere Kommunen spielen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen eine Schlüsselrolle. Daher wurde beim KlimaschutzStartProgramm zu ihrer Unterstützung ein umfassendes Maßnahmenbündel mit kommunaler Ausrichtung aufgelegt. Diese sind auch ihr Geld wert. Ich möchte sie exemplarisch aufzählen.

Beginnen will ich mit dem bei der EnergieAgentur.NRW angesiedelten EnergieDialog.NRW als Informations- und Beratungsplattform für erneuerbare Energien in NRW für die Kommunen.

Mit dem Förderbaustein „Markteinführung“ von progres.nrw fördert das Land Techniken zur Nutzung unerschöpflicher Energiequellen. Hierdurch soll einerseits schnell die Wirtschaftlichkeit der jeweiligen

Technik erreicht werden. Zudem soll es zu einer Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen kommen. Mit progres.nrw „Markteinführung“ wird auch die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung für private Haushalte gefördert.

Außerdem unterstützt das Land die Kommunen mit dem CO<sub>2</sub>-Bilanzierungstool ECORegion, damit sie eine eigene CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellen können.

Mit diesen bereits angelaufenen Maßnahmen wollen wir unsere Kommunen bei ihren Anstrengungen für den Klimaschutz voranbringen und aktiv unterstützen. Ich möchte die Kommunen auch von dieser Stelle aus ermuntern, sich dort entsprechend einzubringen.

Neben der bereits aufgezeigten kommunalen Förderung mit dem KlimaschutzStartProgramm werden vor allem konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung gefördert. Dabei haben wir die energetische Sanierung im Auge und fördern investive Maßnahmen im Bestand in Miet- und Genossenschaftswohnungen sowie selbst genutztem Wohneigentum für Haushalte mit geringen Einkommen.

Zudem wollen wir durch Beratungsangebote zur Stromeinsparung die aufsuchende Energieberatung ausweiten. Durch Einsparungen wird nämlich nicht nur das Klima geschützt. Wir wollen damit auch dem Problem der Energiearmut entgegenwirken.

Zum Abschluss möchte ich noch den Blick auf die Kraft-Wärme-Kopplung richten; denn dies ist aus unserer Sicht eine Schlüsseltechnologie, die wir mit dem KWK-Impulsprogramm NRW intensiv vorantreiben wollen. KWK, also die Umwandlung eines Brennstoffs in elektrische und thermische Energie, hat einen deutlich höheren Nutzungsgrad als etwa die normalen Kraftwerke. Insgesamt lässt sich, wie wir wissen, der Nutzungsgrad auf 80 bis 90 % steigern. Damit ist KWK viel effizienter als herkömmliche Technologien. Bei diesen gewaltigen Potenzialen ist es nur logisch, dass hier ein Schwerpunkt unserer Förderpolitik liegt.

Als Land nehmen wir mit den vielen Maßnahmen und Programmen, von denen ich hier nur einige exemplarisch zitiert habe, die Herausforderung des Klimawandels an. Ich bitte Sie alle um Unterstützung unserer verantwortlichen Politik zum Schutz unseres Klimas. Eingang habe ich ja erklärt, dass die CDU – zumindest verbal – einen Lernprozess bei der Energiewende gemacht hat. Ich hoffe, dass das auch im Klimaschutz irgendwann einmal passiert, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Höne.

**Henning Höne** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Klimaschutz ist uns allen ein Anliegen. Er ist auch der FDP ein zentrales Anliegen. Wir setzen auf einen effektiven Klimaschutz mit effizienten Maßnahmen. Das kann man an verschiedenen Beispielen sehen. Beispielsweise hat das Stromeinspeisungsgesetz des Bundes von 1990 erstmalig die Versorgungsunternehmen für Elektrizität zur Einspeisung und Vergütung erneuerbarer Energien verpflichtet. Es ist unter liberaler Beteiligung entstanden. Außerdem war NRW das erste Bundesland, das 2008 unter Regierungsbeteiligung der FDP eine eigene Energie- und Klimaschutzstrategie vorgelegt hat.

Die rot-grüne Landesregierung liefert hingegen mit dem kürzlich beschlossenen Klimaschutzgesetz ein Paradebeispiel, wie man Klimaschutz vor allem parteipolitisch nutzt und das eigentliche Ziel dabei kein bisschen schneller erreicht. Darüber haben wir viel diskutiert. Auch wenn das Gesetz jetzt beschlossen ist, ist das der zentrale Punkt Ihrer Klimaschutzpolitik. Darum will ich an dieser Stelle darauf eingehen.

Ihr Klimaschutzgesetz gefährdet weiterhin den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Es spart nicht ein Gramm CO<sub>2</sub> ein. Damit ist es klimapolitisch wirkungslos. Auch in diesem Bereich gilt: Außer ein paar Überschriften haben Sie nicht viel erreicht.

Das Gesetz ist jetzt da. Wir sollten es nun mit Leben füllen. Die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen haben in letzter Sekunde kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes nach langen Hinweisen von unserer Seite aus dazu einen Entschließungsantrag eingebracht, der endlich auch eine inhaltliche Beteiligung des Parlaments beim Klimaschutzplan vorsieht.

Das war ein sehr spätes Zeichen, aber dennoch ein gutes Zeichen. Besser spät als nie. Ich bin gespannt darauf, wie Sie sich diese Einbindung vorstellen. Konkretes haben Sie bislang an dieser Stelle leider vermissen lassen. Außer einem Bericht über den aktuellen Stand zur Erarbeitung des Klimaschutzplans vom 15. Februar wurde das Parlament leider überhaupt nicht einbezogen.

Dann können wir uns die Protokolle der Arbeitsgruppen anschauen. Dabei ist positiv anzumerken, dass Sie sich endlich auf eine produktbezogene CO<sub>2</sub>-Bilanzierung fokussieren wollen. Das finde ich sehr gut, darauf haben wir häufig hingewiesen. Ich denke, dass die Enquetekommission zum Thema Chemie, Herr Kollege Markert, dazu beitragen und entsprechende Hinweise erarbeiten kann.

Ich bin trotzdem der Auffassung, dass die Förderung von Wissenschaft und Forschung von vornherein besser geeignet gewesen wäre als jetzt die Implementierung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe. Aber immerhin zeigen Sie, dass Sie das Thema „produktbezogene Klimabilanz“ nicht ganz vergessen.

Wenn wir an dieser Stelle vorankommen, wäre es wirklich nachhaltiger Klimaschutz made in NRW.

Davon abgesehen haben wir aber das Gefühl, dass der Zeitablauf zur Erstellung des Klimaschutzplans zu eng gestrickt ist und die Arbeitsgruppen, so sind ja die Rückmeldungen, in der kurzen Zeit in der Komplexität überfordert sind. Die Arbeitsgruppe „Verkehr“ hält zum Beispiel im Protokoll vom 20. November 2012 fest, dass – ich zitiere: Unsicherheit über den Prozess herrsche. So erhielten die Teilnehmer ihre Unterlagen – ganze Stapel – sehr kurzfristig. Als Folge davon wurde dann die Sinnhaftigkeit einer weiteren Sitzung komplett infrage gestellt.

Wir fragen uns an dieser Stelle, ob es nicht doch der falsche Ansatz war, erst ein Gesetz zu verabschieden und dann im zweiten Schritt den Klimaschutzplan zu erarbeiten, um das Gesetz mit Leben zu erfüllen. Die Hinweise aus den Arbeitsgruppen bestätigen uns in den Befürchtungen, dass genau ein Vorgehen in der anderen Reihenfolge besser gewesen wäre. Das wäre der Sache insgesamt dienlicher gewesen.

Außerdem sind wir immer noch der Auffassung, dass erfolgreiche Klimaschutzpolitik nur dann gelingen kann, wenn wir nicht 17 Energiewenden in Deutschland haben. Alle Akteure, Bund und Länder müssen sich besser abstimmen, um die Energiewende zu einem Erfolgsprojekt werden zu lassen. Alleingänge einzelner Akteure an dieser Stelle, die sich als Klassenbeste herausstellen wollen, bringen die Energiewende keinen Schritt voran. Hier offenbart sich ein weiteres Problem des Klimaschutzplans. Integriert man lediglich die direkt in NRW umsetzbaren Maßnahmen oder bezieht man auch bundesweit abgestimmte Aktionen mit ein? – Letzteres wäre doch wesentlich effizienter als Insellösungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns darin einig, dass wir die Energiewende insgesamt voranbringen müssen. Ein wesentlicher Bestandteil davon ist der kontinuierliche Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir brauchen noch für längere Zeit trotzdem Strom aus fossilen Kraftwerken. Das sage nicht nur ich, das sagt auch der Herr Kollege Priggen in der „Rheinischen Post“ vom 26. Februar. Am selben Tag schreibt sein Parteifreund, Minister Rammel, einen Brief an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion. Darin unterstellen Sie, Herr Minister Rammel, der Bundesregierung, dass diese zu den – ich zitiere – Profiteuren einer Renaissance des fossilen Energiezeitalters gehören wolle. Das hört sich nicht so an, als wären Sie der Meinung, dass fossile Energien auch weiterhin gebraucht würden. Ich meine, Sie sollten sich an dieser Stelle einig werden.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Henning Höne** (FDP): Der Unterschied zwischen der Bundesregierung und den Grünen in NRW ist, dass sich die Bundesregierung keiner Möglichkeiten der Energiegewinnung aus ideologischen Gründen von vornherein komplett verschließen möchte. Deshalb ist es aus unserer Sicht auch richtig, ...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Henning Höne** (FDP): Ich komme sofort zum Ende, Frau Präsidentin.

... dass Fracking unter strengsten Auflagen weiter vorangebracht wird, dass wir hier weiter vorankommen. Risiken müssen wir dabei sehr genau beobachten. Aber die Chance, unabhängiger von Gasimporten der sogenannten lupenreinen Demokraten zu werden, sollten wir uns nicht von vornherein aus ideologischen Gründen entgehen lassen.

Energiewende gelingt ohne Scheuklappen, ohne ideologische Grabenkämpfe. Verantwortungsvoller Klimaschutz erfordert, dass wir konsequent an der Sache orientiert arbeiten. Ich bin gespannt, wie wir das in NRW insbesondere beim Klimaschutzplan auch als Parlament weiter fortsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Höne. Der Begriff „sofort“ scheint eine relative Dehnkraft zu haben.

Als nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

**Wibke Brems**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren! Herr Altmaier verlautbarte in der letzten Woche, die Energiewende koste 1 Billion €. Kurz darauf, großes Rätselraten. Direkt im Anschluss entstand bei Experten, die Altmaier selber für Gutachten beauftragt, aber auch bei Fachleuten aus seinem eigenen Ministerium die Frage: Wie kommt er auf diese Zahlen? – Und während Herr Altmaier Luftnummern mit Zahlen veranstaltet und ein großes Interesse daran zu haben scheint, die Preisdebatte – koste es, was es wolle – am Leben zu erhalten, sprechen wir hier über reale Zahlen, über Investitionen in Höhe von 11 Millionen € in Klimaschutz und in erneuerbare Energien in Nordrhein-Westfalen, über 7,8 Millionen € Investitionen in Kraft-Wärme-Koppelung, in Energieeffizienz.

Dahinter stecken nicht bloß Kosten, dahinter steckt beispielsweise – Herr Höne hat es eben schon angesprochen – das erste verbindliche Klimaschutzgesetz in Deutschland. Dahinter steckt ein Klimaschutzplan mit umfassendem Beteiligungsprozess und mit Zwischenergebnissen aus Arbeitskreisen.

Ich nehme einen anderen Arbeitskreis heraus, Herr Höne, den Arbeitskreis, in dem die Industrie zum Beispiel zusammensitzt. Die sagen, sie seien positiv überrascht, wie gut das Arbeitsklima dort ist und wie positiv die gemeinsamen Ergebnisse dort sind. Es ist eine konstruktive Zusammenarbeit. Genau das gibt es eben auch, und genau das ist die Mehrheit in dem Beteiligungsprozess des Klimaschutzplans.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dahinter steckt ebenfalls ein äußerst erfolgreiches Klimaschutzstartprogramm, was die Landesregierung schon deutlich vor Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes auf den Weg gebracht hat, mit sehr vielen positiven Aspekten, direkt für die Kommunen vor Ort, direkt mit Auswirkungen dort, wo es hingehört.

Wir sehen diese Ausgaben eben nicht, wie Herr Altmaier, als bloße Belastung, sondern als Chance, als Wertschöpfung vor Ort. Es gibt einen Kreis in Nordrhein-Westfalen, wir haben auch schon öfter über ihn gesprochen, den Kreis Steinfurt, der das im Grunde genommen erst einmal zum Leben erweckt hat. Dort herrscht die Betrachtungsweise vor, alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises Steinfurt geben zusammen 1,4 Milliarden € für Energie pro Jahr aus. Der Kreis Steinfurt hat einstimmig, mit allen Stimmen aller Fraktionen im Kreistag beschlossen, dass sie bis zum Jahr 2050 energieautark werden wollen und dieses Geld in der Region behalten wollen. Das ist die Herangehensweise, die wir beim Klimaschutz und bei der Energiewende brauchen, nicht aber die Sichtweise, dass es einfach nur kostet und uns alle viel zu viel kostet.

Ich möchte im Grunde genommen gern mit dem Kreis Steinfurt weitermachen; gestern Abend habe ich auch schon kurz darüber gesprochen. Im Kreis Steinfurt gibt es die Kommune Saerbeck. Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen nicht das Problem, dass die Verfahren länger brauchen als in anderen Bundesländern; das ist vollkommener Quatsch. Das Problem ist vielmehr, dass auf Bundesebene immer wieder massiv und generell gegen das geschossen wird, was hier auf unteren Ebenen passiert.

Wir mussten in NRW erst einmal die Bremse lösen und den Energiezug wieder auf die Gleise führen. Dankenswerterweise hat es Herr Rohwedder eben schon angemerkt: Fünf Jahre Blockade haben dazu geführt, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen erst einmal langsam wieder Fahrt aufnehmen müssen, dass Projekte wie in Saerbeck, wo in diesem Jahr noch 36 Millionen € investiert werden sollen, die durch Diskussionen, wie sie Herr Altmaier gerade führt, auf der Kippe stehen, komplett hinten herunterfallen, wenn das kommt, was Herr Altmaier dort will.

Herr Höne, ich möchte noch einen Aspekt bringen, den Sie gerade angesprochen und bei dem Sie versucht haben, Herrn Priggen und Herrn Remmel ge-

geneinander auszuspielen. Ich sehe da gar nicht den großen Unterschied. Es ist nicht das Gleiche, sondern ein massiver Unterschied, ob eine Renaissance des fossilen Zeitalters ausgerufen wird, wie es Herr Remmel passenderweise kritisiert hat, oder ob gesagt wird, wir brauchen für einen Übergang flexible fossile Kraftwerke. Genau das brauchen wir. Aber wir brauchen eben keine Renaissance des fossilen Zeitalters; das ist auch ganz klar.

Wenn wir schon bei diesem Punkt sind, zu guter Letzt noch einen Satz zu Herrn Deppe und dem Thema Fracking: Herr Deppe, Sie sollten meines Erachtens Herrn Altmaier genau das sagen, was Sie auch hier gesagt haben, dass Trinkwasser eben nicht nur da gewonnen wird, wo Trinkwasserschutzgebiete sind. Herr Altmaier will aber genau das. Er will, dass ein Fracking-Verbot nur in Trinkwasserschutzgebieten ausgesprochen wird, während in allen anderen Gebieten, auf 86 % der Fläche, alles gar kein Problem sein soll. Genau das sollten Sie auch Herrn Altmaier sagen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Piraten spricht der Kollege Rohwedder.

**Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Zumindest einen Aspekt dessen, was Frau Brems eben etwas ausführlicher dargelegt hat, möchte ich einmal ganz kurz und knackig zusammenfassen. Die Frage ist nicht, was die Energiewende uns kostet; die Frage ist, was es uns kostet, wenn wir sie nicht durchführen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir setzen uns mit unserer Politik für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung ein, also die drei Säulen der Nachhaltigkeit, ebenso für einen verantwortungsvollen und generationengerechten Umgang mit den zum allgemeinen Wohlergehen notwendigen Ressourcen und deren Schutz.

Die durch menschliche Aktivitäten bedingten Klimaänderungen erfordern konsequente Maßnahmen auf allen Handlungsebenen. Hierfür sind wir bereit und mittlerweile auch gezwungen, neue Wege zu gehen, und daher setzen wir uns für eine konsequente Klimaschutzgesetzgebung ein. Das vorgelegte Klimaschutzgesetz haben wir durch unsere Zustimmung mit auf den Weg gebracht. Das alleine reicht aber bei Weitem nicht.

Das Klimaschutzgesetz legt Klimaschutzziele und den rechtlichen Rahmen dafür fest. Dazu muss dann aber festgestellt werden, dass das Gesetz nur

für öffentliche Stellen gilt, die bei großzügiger Rechnung höchstens 4 bis 5 % der Kohlendioxidemissionen verursachen. Da ist also gar nicht so viel einzusparen.

Der Anteil erneuerbarer Energien soll in Nordrhein-Westfalen von 10 auf 30 % erhöht werden. Diese Marke von 30 % haben andere Bundesländer längst überschritten.

Dem Koalitionsvertrag ist zu entnehmen, dass SPD und Grüne weit davon entfernt sind, die Herausforderungen der Energiewende für NRW strukturiert anzugehen. Mit dem Bau weiterer Kohlekraftwerke ist eine Reduzierung der Kohlendioxidemissionen nämlich nicht zu haben. Hier soll an den Schwarzbau in Datteln und weitere im Bau befindliche und mit Schnittchenpartys aktuell frisch eingeweihte Kohlekraftwerke erinnert werden. SPD und Grüne sprechen sich immer noch nicht explizit gegen den Neubau von Kohlekraftwerken aus. Das halte ich hier einmal eindeutig fest.

Ein besonders eklatanter Umweltfrevel ist darüber hinaus die Rodung des Hambacher Forstes, eines Gebietes, das unter FFH-Schutz gehört und wo stattdessen Braunkohletagebau betrieben wird. Während weltweit und auch hier in Nordrhein-Westfalen für den Erhalt der Biodiversität geworben wird, sieht die Realität dort verheerend aus. Hier in Nordrhein-Westfalen sind nur 8,2 % der Landesfläche als Natura-2000-Gebiete gemeldet. Negativ übertroffen im Ländervergleich wird NRW nur noch vom Stadtstaat Berlin.

Nirgendwo sonst werden die Defizite im Bereich des Biotop- und Artenschutzes so deutlich wie bei der Gewinnung der Braunkohle. Dieser klimaschädlichste fossile Energieträger leistet nicht nur den größten Beitrag zum Klimawandel und dem damit einhergehenden Verlust an Artenvielfalt, sondern vernichtet auch großflächig die letzten unzerstörten Naturräume in der niederrheinischen Bucht.

Ein besonders gravierendes Beispiel dafür ist der Braunkohletagebau im Hambach, wo die RWE Power AG den Abbau von 2,4 Milliarden t Braunkohle bis zum Jahr 2040 plant. Bis zu diesem Zeitpunkt wird mit dem Hambacher Forst ein einstmals mehr als 4.100 ha großes Waldgebiet bis auf wenige Reste dem Braunkohletagebau Hambach weichen.

Der geltende Rahmenbetriebsplan für den Braunkohletagebau Hambach ist bis zum 31. Dezember 2020 zugelassen. Zurzeit laufen die Genehmigungsverfahren für den dritten Rahmenbetriebsplan, der Voraussetzung für die Fortführung des Tagebaus Hambach für die Jahre 2020 bis 2030 ist. Zwei Jahrzehnte lang führen Sie uns wieder in eine Einbahnstraße und Sackgasse gleichzeitig. Da kommen Sie nicht heraus.

(Beifall von den PIRATEN)

Hier könnte die Landesregierung Klimaschutz betreiben und dieses Umweltfiasko unterbinden. Mittlerweile gibt es ja die Gutachten, die Kohlekraftwerke für die nächsten zehn Jahre als unwirtschaftlich bezeichnen.

Wollen wir statt für Klimaschutz das Geld dann für die nächsten Rettungsschirme ausgeben, für Energiekonzerne, die sich sehenden Auges in die selbstgegrabene Braunkohlegrube stürzen? Also warum eigentlich noch Braunkohletagebau? Wer soll die Braunkohle kaufen, wenn die Kraftwerksbetreiber es nicht tun? Verstromt wird dort, wo sie gefördert wird, denn der Transport ist aufgrund des hohen Wasseranteils nicht lohnend. Deshalb kann man sie auch nicht exportieren.

Der klägliche Rest an ökologischer Vielfalt, den der Braunkohletagebau dort übrig lässt, wird dann durch den Klimawandel weiter degradiert. Wenn wir diesen Raubbau durch die Braunkohlegewinnung nicht einstellen und den Klimawandel durch einen schnellen, entschlossenen, ambitionierten und radikalen Umbau der Energieerzeugungsstruktur nicht abbremsen, dann werden unser Naturerbe wie auch das Klima weiter irreversibel geschädigt. Das ist für uns inakzeptabel. Wir fordern die Landesregierung daher auf, mit dem Klimaschutz ernst zu machen, und zwar mit Taten und nicht nur mit Worten bzw. einem wortreichen Gesetz, bei dem Berg kreißt und eine Maus gebar.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin den Vorrednern insbesondere von den Fraktionen der SPD und des Bündnis 90/Die Grünen dankbar, dass sie aufgezeigt haben, welches hervorragende Instrumentarium und welche vielfältigen Bausteine wir in zweieinhalb Jahren in Nordrhein-Westfalen in Sachen Klimaschutz auf den Weg gebracht haben. Wenn ich mich ein wenig umschaue und in andere Bundesländer blicke, muss ich sagen: Kein anderes Bundesland ist so systematisch den Bereich „Klimaschutz und Energiewende“ angegangen und hat ihn so wie Nordrhein-Westfalen aufbereitet. Ich denke, darauf können wir stolz sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich ist klar: Ein Klimaschutzgesetz schafft noch keine CO<sub>2</sub>-Einsparung. Wir haben aber schon viel mehr geschafft: den Windenergieerlass, die entsprechende Potenzialstudie, den Leitfaden „Wind im Wald“. Ferner haben wir ein einzigartiges Investitionsprogramm – auch darüber verfügt kein

anderes Bundesland – aufgelegt, das 250 Millionen € für Kraft-Wärme-Koppelung vorsieht. Des Weiteren gibt es energetische Gebäudesanierung und vielfältige Beratungsinstrumente für die Kommunen. Außerdem haben wir den Energiedialog und ein KlimaschutzStartProgramm. Es gibt bei uns außerdem eine entsprechende Unterstützung der Unternehmen in Netzwerken und Beratungseinrichtungen sowie durch die EnergieAgentur und die Effizienz-Agentur.

Hier liegt ein wirklich sehr ansehnliches Besteck auf dem Tisch. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Anstrengungen in Nordrhein-Westfalen sind erfolgreich und werden von vielen anderen auch mit ein wenig Neid betrachtet.

Sie haben allerdings recht, Herr Deppe: Die Zahlen im Zubau – gerade bei der Windenergie – müssen steigen. Sie haben mich an Ihrer Seite, und ich hoffe, Sie sind auch an unserer Seite, wenn es darum geht, vielfältig und systematisch auch Einzelfälle zu prüfen und die Hemmnisse beiseite zu räumen. Ich habe auf Landesebene den Eindruck, dass wir gemeinsam wollen. Auch habe ich den Eindruck, dass es an vielen Stellen vor Ort gut vorangeht, dass Planungsprozesse laufen, dass aber von der Seite das eine oder andere an Intervention kommt. Das ist ein Problem. Es würde mich freuen, würden wir dieses Problem gemeinsam angehen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Zurzeit trägt aber nicht die Landesregierung Nordrhein-Westfalen zur Verunsicherung bei, sondern eine völlig unnötige Debatte auf Bundesebene über Investitionssicherheit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Die Vorschläge, die dort seit eineinhalb Jahren gemacht werden – erst beim Wind, dann bei der Sonne, dann wieder beim Wind und jetzt beim gesamten EEG –, verunsichern die Investoren. Sie veranlassen bereits heute Banken, nachfragen, wie es denn aussieht.

Das führt schon heute, ohne dass die Vorschläge umgesetzt werden, dazu, dass in diesem Bereich konkret Arbeitsplätze abgebaut werden. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir gemeinsam gegen ein solches Vorgehen der Bundesregierung aufstehen würden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es kann nicht sein, dass das erfolgreiche Instrument EEG – es steht für Verlässlichkeit, Bestandsschutz und Planungssicherheit – nun so diskreditiert wird. Wir müssen ein gemeinsames Interesse am Erhalt und am Ausbau dieser Grundpfeiler haben, denn der Marsch hat gerade erst begonnen. Das Ziel ist es, eine Energieversorgung auf den Weg zu bringen, die weitestgehend auf Erneuerbaren basiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es um die fossilen Kraftwerke geht, passt kein Blatt Papier zwischen die Regierungsfaktionen und die

Landesregierung. Selbstverständlich brauchen wir Investitionen in fossile Kraftwerke. Ich würde gerne mit Ihnen zusammen zum modernsten Kraftwerk Europas, das hier in Düsseldorf entsteht, pilgern. Es ist das effizienteste, modernste und umweltfreundlichste Gaskraftwerk, welches gleichzeitig Kraft und Wärme produziert. Das ist die Zukunft. Solche Investitionen brauchen wir. Für solche Investitionen wollen und müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern. So kann Energiewende funktionieren.

Wir geben in Nordrhein-Westfalen die Blaupause für eine umfassende Energiewende auch im Bund. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Auseinandersetzung scheuen wir nicht, und wir wollen sie führen. Wir können Energiewende besser. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Meine sehr Damen und Herren, bevor wir in die Abstimmung eintreten, haben zwei Abgeordnetenkollegen das Wort zu einer persönlichen Erklärung nach § 29 unserer Geschäftsordnung erbeten. Eine solche Erklärung hat vor der Abstimmung, aber nach der Debatte zu erfolgen.

Zunächst gibt Frau Kollegin Beer eine persönliche Erklärung ab. – Ich will noch erwähnen: Das bezieht sich auf die Debatte zu den Teilbereichen „Umwelt und Naturschutz“ bis „Landwirtschaft“. Während dieser Debatte kam es zu einer Äußerung hier am Pult, zu der jetzt Stellung genommen wird. Bitte schön.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Deppe hat mich in seinem Redebeitrag zum Verbraucherschutz der versuchten Nötigung bezichtigt – der versuchten Nötigung, einen Redebeitrag zum Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes zu Protokoll zu geben.

Nach § 31 der Geschäftsordnung ist es möglich, einen Redebeitrag zu Protokoll zu geben. Nach Absprache der Parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen untereinander kann das nur im Einvernehmen aller geschehen. Diese Regel ist auch hier selbstverständlich im Einvernehmen und gemeinsamen Handeln mit dem Kollegen Lienenkämper eingehalten worden.

Ich habe viel Verständnis für temperamentvolle, auch für emotionale Debatten. Dafür kennen Sie mich, das betreibe auch ich sicherlich manchmal. Mit dieser Äußerung ist allerdings eine Grenze überschritten worden, die ich als persönliche Verunglimpfung empfinde. Der Vorwurf ist falsch, und ich weise ihn entschieden zurück.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Beer. – Nun hat sich als zweiter Abgeordneter Herr Kollege Lienenkämper zu einer persönlichen Erklärung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Lienenkämper.

**Lutz Lienenkämper (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! So komme ich zu meiner Jungferrede in dieser Legislaturperiode.

Wie häufiger am Ende einer langen und intensiven Tagesordnung haben sich die Fraktionen über ihre Parlamentarischen Geschäftsführer darüber ins Benehmen gesetzt, die Reden zum letzten Tagesordnungspunkt „Landesforstgesetz“ zu Protokoll zu geben. Den Vorgang hat Frau Kollegin Beer zutreffend vorgetragen. Dieser dringenden Bitte hat sich für unsere Fraktion Kollege Rainer Deppe nach Diskussion, aber ohne Nötigung nicht verschlossen. Das Gesetz wird ausführlich in zweiter Lesung hier im Plenum diskutiert werden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. Wenn es nicht dieser Moment wäre, würde ich ja auch zu dieser Jungferrede gratulieren.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2110**, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – Fraktion der SPD und Fraktion Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten, die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass mit Mehrheit im Hohen Haus die **Beschlussempfehlung angenommen** und der **Einzelplan 10** in zweiter Lesung **verabschiedet** wurde.

Damit kommen wir zum nächsten Einzelplan, den ich aufrufen darf:

### **Einzelplan 09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

Wir haben zwei Teilbereiche, „Bauen und Wohnen“ und „Stadtentwicklung und Verkehr“. Ich weise noch auf die **Beschlussempfehlung** und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 16/2109** hin.

Nun rufe ich auf